

ANALYSEN

Deutschland, China und der sino-sowjetische Konflikt

UWE G. FABRITZEK

Vorbemerkung

Die vorliegende Ausarbeitung hat sich mehrere Ziele gesetzt:

- Vom Inhalt her wird zunächst die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den beiden Teilen Deutschlands, die chinesische Deutschlandpolitik skizziert. Im zweiten Abschnitt wird die Polemik der Sowjetunion und der Volksrepublik China in der Deutschlandfrage im Kontext der sino-sowjetischen Auseinandersetzung aufgezeigt.
- Von der Darstellung her ist die Abfassung des Textes derart gedacht, daß sie einen knappen und doch umfassenden Überblick über die feststellbaren Fakten ermöglicht. Auf wichtige Detailfragen und ihre Fundstellen wird in den Anmerkungen verwiesen, woraus sich der umfangreiche Anmerkungsapparat ergibt.

I. Deutschland und China

Der westliche Teil Deutschlands, die BRD, unterhält weder zur Volksrepublik noch zur Republik China (Nationalchina) diplomatische Beziehungen. Trotzdem ist die BRD der zweitgrößte Außenhandelspartner der VR China und verfügt über gute politische Beziehungen zu Nationalchina, die aus den engen deutsch-amerikanischen Beziehungen resultieren.

Der östliche Teil Deutschlands, die DDR, unterhält diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik und zählt die Republik China zu ihren politischen Gegnern. Trotzdem sind Peking und Pankow seit Jahren in eine ideologisch-politische Auseinandersetzung verstrickt, ihrerseits zurückzuführen auf das enge sowjetisch-ostdeutsche Verhältnis.

Die Volksrepublik China attackiert sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR — wegen deren Beziehungen zu den USA bzw. zur Sowjetunion, die China als seine Hauptfeinde betrachtet. Entsprechend ist auch die Politik Chinas in der Deutschlandfrage an seiner Auseinandersetzung mit den „beiden Supermächten“¹ orientiert. Damit hat Peking die Möglichkeit, sowohl die amerikanische als auch die sowjetische Deutschlandpolitik anzuprangern.

¹ Dieses Synonym für die USA und die Sowjetunion wird von China in der letzten Zeit in zunehmendem Maße verwendet, vgl. u. a.: Der Meeresbodenvertrag ist ein Komplott der beiden Supermächte. Radio Peking (deutsch), 1. 3. 1971. Die Sowjetunion griff den Vorwurf auf, vgl. Wolski, Dimitri: Was die Theorie von den „Supermächten“ bezweckt. Neue Zeit Nr. 7/1971 (17. 2. 1971), S. 8–9.

Im Verlauf der sino-sowjetischen Auseinandersetzung wird seit etwa 1968 auch die BRD in zunehmendem Maße in die beiderseitige Polemik mit einbezogen, wobei Peking ein Komplott Bonn–Moskau (gegen China) herausstellt, Moskau hingegen Bonn einer Verschwörung mit Peking (gegen die Sowjetunion) beschuldigt. Im folgenden ersten Kapitel soll die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Deutschland und China², die chinesische Politik in der Deutschlandfrage aufgezeigt werden.

1. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China (1949–1971)

Die Entwicklung bis 1964

Als die Regierung der neu gegründeten Bundesrepublik Deutschland im September 1949 darangehen konnte außenpolitische Verbindungen zu knüpfen, spielten Überlegungen über das künftige deutsch-chinesische Verhältnis keine Rolle. Vorrang hatte die Westpolitik, zudem waren die Beziehungen mit Nationalchina seit 1941 abgebrochen³. Auch zur Volksrepublik China, deren Proklamation am 1. Oktober 1949 erfolgte, wurden keine Kontakte aufgenommen. Peking und Bonn hatten für die nächsten Jahre dringendere Aufgaben, auch konnten beide Staaten aufgrund ihres Verhältnisses zu den USA bzw. zur Sowjetunion keine eigenständige Politik in dieser Richtung betreiben. Die Deutschen, die noch nach Ende des Zweiten Weltkrieges in China lebten⁴, mußten das Land verlassen, wobei es über diese Frage während der Genfer Indochinakonferenz von 1954 zum ersten offiziellen Kontakt zur VR China durch den deutschen Gesandten in der Schweiz, Martin Fischer, kam⁵. Am 7. April 1955 beendete die VR China offiziell den Kriegszustand mit Deutschland, Nationalchina protestierte, zog aber im Oktober nach⁶. Bereits seit Anfang 1955 hatte sich der Ostasiatische Verein um eine vertragliche Absicherung des deutsch-

² Über dieses Verhältnis gibt es bisher keine fundierten Untersuchungen. Erst im Herbst dieses Jahres wird eine Arbeit von Ernst Majonica über die deutsch-chinesischen Beziehungen von 1945–1966 erscheinen, der Autor dieser Ausführungen arbeitet an einer Studie über die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China.

³ Als Protest auf die im Zuge des deutsch-japanischen Bündnisses erfolgte Anerkennung der chinesischen Gegenregierung unter Wang Ching-wei durch Deutschland am 1. 7. 1941 brach Nationalchina am 2. 7. die Beziehungen ab und erklärte nach Ausbruch des pazifischen Krieges am 9. Dezember 1941 Deutschland den Krieg. Vgl. dazu Großmann, Bernhard: Peking – Bonn: Substantial non-relations. In: Pacific Community, Oktober 1970, S. 227; Fischer, Martin: 40 Jahre deutsche Chinapolitik. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Nr. 11/1962, S. 23.

⁴ Bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es verschiedenen Deutschen in China Einfluß zu gewinnen, sei es als Techniker, Händler, militärische oder politische Berater. Vgl. dazu Braun, Otto: Von Shanghai bis Jünan. Horizont (Ost-Berlin), 1969, Nr. 23–38; Spence, Jonathan: To Change China: Western advisers in China 1620–1960. Little Brown, Boston 1969.

⁵ Nach den Ausführungen von Ernst Majonica auf der Konferenz „20 Jahre Volksrepublik China“ vom 13. bis 15. 2. 1971 in Hamburg. Vgl. auch: Bonn ohne eine eigene Chinapolitik. Süddeutsche Zeitung, 9. 3. 1971, S. 6.

⁶ Bechtholdt, Heinrich: The Federal Republic of Germany and China – problems of trade and diplomacy. In: Halperin, A. M. (Hrsg.): Policies toward China – Views from Six Continents. New York: McGraw-Hill 1965, S. 81, nach Großmann, a.a.O. S. 228.

chinesischen Handels bemüht, war aber in Peking nicht auf Gegenliebe gestoßen⁷. Ebenso erfolglos blieb der Vorschlag der FDP-Fraktion im Bundestag von 1956, eine ständige Wirtschaftsmission in Peking einzurichten⁸. Erst 1957 kam es zum Abschluß eines Handelsabkommens⁹, das jedoch nach einem Jahr auslief und nicht wieder erneuert wurde. Peking drängte damals auf den Abschluß eines formellen Handelsvertrags und auf Verhandlungen auf Regierungsebene, wozu jedoch Bonn mit Rücksicht vor allem auf die USA nicht bereit war¹⁰. Gleichzeitig wollte die Bundesrepublik aber auch keine trennenden Elemente zwischen sich und Peking wissen, denn als im Herbst 1958 der britische Premier Douglas die Situation während der Quemoy-Krise mit der deutschen Lage verglich, protestierte Bonn und verwahrte sich gegen derartige Vergleiche¹¹.

Die Bundesregierung blieb bei dieser „Nichtpolitik“ gegenüber China für die nächsten Jahre, während in deutschen Wirtschaftskreisen das Bestreben fortbestand, mit Peking in engere Kontakte zu treten. Ein diesbezüglicher Erfolg war die erstmalige offizielle Einladung deutscher Vertreter zur Kantoner Frühjahrsmesse 1963¹².

Die Beziehungen von 1963 bis 1965

Ende 1963 begann die Bundesregierung ihr Verhältnis zur VR China zu überdenken, sei es in Ausnutzung der zunehmenden sino-sowjetischen Spannungen oder weil Bonn mit einer Änderung der französischen und auch amerikanischen Chinapolitik rechnete¹³. Seit Ende des Jahres war die deutsche Nachrichtenagentur dpa in Peking vertreten, gleichzeitig wurde ein chinesisches Hsinhua-Büro in Bonn eröffnet¹⁴. Die auch für Bonn überraschende Anerkennung Pekings durch Paris beeinflusste diese Überlegungen, den unmittelbaren Anlaß zur Aufnahme von direkten Kontakten mit Peking soll aber ein Interview des Außenministers Ch'en Yi im Mai 1964 gegeben haben¹⁵. Darin drückte Ch'en Yi die Hoffnung aus, daß Deutschland wiedervereinigt würde und sprach dabei von „beiden Teilen Deutschlands“, nicht von zwei deutschen Staaten¹⁶. Seit der Frühjahrsmesse in Kanton war auch bekannt, daß Peking an einem Austausch von Handelsmissionen interessiert war¹⁷. Ebenfalls eine Rolle mag – auf beiden Seiten – die von Mao Tse-tung entwickelte Theorie der „Zwischenzonen“ gespielt haben¹⁸.

⁷ Großmann, a.a.O., S. 232; vgl. auch den Abschnitt „Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der BRD und der VR China“.

⁸ Nach Majonica (vgl. Anmerkung 5).

⁹ Den Text siehe: Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten, Teil 3: Die nicht-kommunistischen Länder Europas und die Länder Amerikas. Schriften des Instituts für Asienkunde in Hamburg, Band XII/3, S. 4–9, Frankfurt, 1965.

¹⁰ Majonica, vgl. Anm. 5.

¹¹ Ebda.

¹² Die Einladung wurde an einen Mitarbeiter des deutschen Generalkonsulats in Hongkong gerichtet und seither stets wiederholt. Vgl. Großmann, a.a.O. S. 233.

¹³ Vgl. Anmerkung 5.

¹⁴ Vgl. Großmann, a.a.O. S. 226; Neues Deutschland, 25. 6. 1964, S. 7.

¹⁵ Vgl. Anmerkung 5; siehe auch: Rotchina brach die Verhandlungen ab. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 3. 1971.

¹⁶ Vgl. Spittmann, Ilse: Die SED und Pankow. SBZ-Archiv, 1964/16, S. 248.

¹⁷ Großmann, a.a.O. S. 233.

¹⁸ Publizität erreichte diese Theorie erst nach dem Interview zwischen Mao Tse-tung und einer Delegation der Japanischen Sozialistischen Partei am 10. Juli 1964 und seine Ver-

Nach Vorgesprächen kam es am 5. Mai 1964 in der chinesischen Botschaft in Bern zu ersten offiziellen Kontakten¹⁹. Dabei wurde klar, daß Peking an einem Handelsabkommen, Bonn lediglich an einem Warenabkommen interessiert war. Peking schien aber unter Umständen bereit, Westberlin in eine entsprechende Vereinbarung einzubeziehen²⁰. Nach diesem Gespräch, im Juni 1964, reiste Erhard in die USA und drückte sich in einer Pressekonferenz so aus, daß Journalismus und Wissenschaft bis vor kurzem glaubten, daß es zu keinen weiteren Kontakten mit China gekommen war²¹.

Trotzdem kam es zu weiteren Gesprächen in Bern, am 21. Juli²², 3. Oktober²³ und am 23. November²⁴. Erst das letzte Gespräch machte eine Änderung der chinesischen Haltung deutlich, weitere Kontakte fanden nicht mehr statt²⁵.

Für die Öffentlichkeit deutlich wurde dies jedoch erst durch eine Pressekonferenz Chen Yis im September 1965, in der er erklärte, daß „Westdeutschland seinen Plan, die DDR zu annektieren, nicht aufgegeben habe . . .“ und „China unter diesen Umständen keine offiziellen Handelsbeziehungen zu Westdeutschland aufnehmen könne“²⁶. Die Frage nach dem Grund des Abbruchs dieser Gespräche ist eng mit den Beziehungen Pekings zu Moskau und Pankow verbunden, ein Versuch der Beantwortung erfolgt daher im letzten Teil dieses Abschnitts.

Die Beziehungen von 1965 bis 1971

Trotz dieser Absage, der im Februar 1966 eine ähnliche folgte²⁷, entwickelten sich die Wirtschaftsbeziehungen in zunehmendem Maße. Im Frühjahr 1966 kam es unter deutscher Führung zu Verhandlungen westeuropäischer Firmen über den Bau eines Stahlwerkes in China²⁸, was zu heftiger Kritik der Bundesregierung durch die USA, die Sowjetunion und Japan führte²⁹. Das Projekt scheiterte im Mai 1968. Die China-

öffentlichung am 11. August. Als Zwischenzone wurden dabei alle Staaten zwischen den USA und der UdSSR verstanden, zu denen sich auch Peking rechnete. Vgl. Paasche, John: Mao Tse-tungs Theorie von den Zwischenzonen. Osteuropa 1965 Nr. 1/2, S. 25–38. Vgl. auch Hamm, Harry: Rotchina interessiert sich für die Bundesrepublik. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 2. 1965.

¹⁹ Vgl. Anmerkungen 5, 15 sowie Großmann, a.a.O. S. 233.

²⁰ Die Einbeziehung Westberlins sollte nicht *expressis verbis* erfolgen, sondern mit der Umschreibung „Zahlungsgebiet DM-West“; vgl. Anmerkungen 5, 15.

²¹ Vgl. dazu: Trotz Handel keine Freundschaft. Süddeutsche Zeitung, 1. 4. 1970; Chinas Rückkehr in die Welt. Christ und Welt, 3. 4. 1970; Giselher Wirsing sprach z. B. am 12. 2. 1971 von dem „unverzeihlichen Fehler Erhards, im Sommer 1964 schon angelaufene Kontakte mit Peking auf Drängen . . . Johnsons abzubrechen“, Christ und Welt, 12. 2. 1971.

²² Bei diesem Gespräch beschwerten sich die Chinesen zwar über die Äußerungen Erhards, bekundeten aber weiter Interesse. (Majonica, Anm. 5)

²³ Nach deutschen Angaben verlief das Gespräch in guter Atmosphäre, doch bestand China auf einem Handelsabkommen und lehnte ein Warenabkommen ab. (Majonica, Anm. 5)

²⁴ Peking machte jetzt seinen Standpunkt in der Deutschlandfrage klar und lehnte jede Berlin-Klausel ab. (Majonica, siehe Anm. 5)

²⁵ Obwohl die Aufnahme neuer Gespräche in London am 23. 11. vereinbart wurde, zeigten sich die Chinesen an weiteren Kontakten nicht interessiert. (Majonica, siehe Anm. 5)

²⁶ Chen Yi: Über Handelsbeziehungen zwischen China und Westdeutschland. Peking Rundschau, 1965/42, 15. 10. 1965, S. 6; vgl. auch Hsinhua, Daily Bulletin (DB), 30. 9. 1965.

²⁷ Vgl. Hsinhua, DB, 22. 2. 1966.

²⁸ Die Bundesregierung erklärte sich bereit, eine 350-Millionen-DM-Kreditbürgschaft zu übernehmen. Vgl. dazu Großmann, a.a.O. S. 234.

²⁹ Ebda., vgl. dazu die Ausführungen von Majonica (Anmerkung 5).

politik der BRD wurde zwar weiterhin mit Interesse diskutiert³⁰, doch kam es zu keinen offiziellen Kontakten mehr.

Die „Große Proletarische Kulturrevolution“ hatte keine direkten Auswirkungen auf die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen, ebenso wenig wie die durch die Grenzzwischenfälle bedingte Eskalation der sino-sowjetischen Beziehungen seit März 1969³¹. Im Frühjahr 1969 wurde die deutsche Chinapolitik noch einmal aktuell, als sich deutsche Wirtschafts- und Regierungskreise für verstärkte Kontakte mit Peking aussprachen³². Auf diese deutlichen Zeichen reagierte Peking aber nur mit einem polemischen Kommentar³³.

Die deutsche Ostpolitik unter der Regierung Brandt seit September 1969 begrenzte ihren Aktionsraum bisher auf Osteuropa und die Sowjetunion – von einer Änderung der deutschen Chinapolitik ist bislang nichts verlautet³⁴.

Zwei Ereignisse geringerer Bedeutung des Jahres 1969 beleuchteten die Eigenheit der deutsch-chinesischen Beziehungen: die Flucht eines chinesischen Matrosen von einem Frachter in Hamburg und die Festnahme deutscher Techniker in der Volksrepublik. Beide endeten harmlos – der chinesische Frachter kehrte ohne den Matrosen nach China zurück³⁵, die festgehaltenen Deutschen gelangten (bis auf einen) unversehrt in die BRD³⁶.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der VR China³⁷

Im Gegensatz zur Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Bonn und Peking wurden die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten fortlaufend intensiviert – ein Umstand, der weitgehend auf private Initiative zurückzuführen ist.

³⁰ Vgl. dazu: Brandt: Bonn spielt nicht die chinesische Karte. Erklärungen des Außenministers in Tokio. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 5. 1967; Bonn deutet Interesse für Handelsvertrag mit Peking an. Die Welt, 6. 12. 1968; CDU-Kritik an Brandts China-Äußerungen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. 12. 1968; Tern, Jürgen: Peking – Bonn inaktuell. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 12. 1968.

³¹ Zwar spielte die Deutschlandfrage auch bei den Grenzzwischenfällen eine gewisse Rolle, doch wird darauf in Kapitel II im einzelnen eingegangen.

³² Vgl. u. a. Washington zeigt Verständnis für deutsches Interesse an China. Die Welt, 20. 3. 1969; Verhältnis Bonn – Peking stößt auf starkes Interesse in Asien. Die Welt, 31. 3. 1969; Strauß für Stärkung des Handels mit China. Süddeutsche Zeitung, 3. 4. 1969; Wirtschaft wünscht Handelsvertrag mit China. Die Welt, 15. 4. 1969. Bundeskanzler Kiesinger selbst schloß die Errichtung von Handelsmissionen nicht aus. Vgl. dazu dpa vom 20. 5. 1969, Tokio; Vorerst keine Beziehungen zu China. Süddeutsche Zeitung, 20. 5. 1969.

³³ Vgl.: Peking Kommentar zu Kiesingers Japan-Besuch. Neue Zürcher Zeitung, 24. 5. 1969.

³⁴ Majonica, Anm. 5; vgl. auch: Asien wartet auf eine neue China-Politik Brandts. Die Welt, 24. 10. 1969.

³⁵ Vgl.: Maos Matrosen warten auf Quin. Münchner Merkur, 3. 6. 1969; Kapitän Mao wartet und wartet. Süddeutsche Zeitung, 11. 6. 1969; Heimkehr ohne den abtrünnigen Genossen. Süddeutsche Zeitung, 13. 6. 1969.

³⁶ Vgl.: Zehn Jahre Gefängnis für Deutsche in China. Die Welt, 23. 10. 1969; Deutsche Firmendelegation in Peking. Süddeutsche Zeitung, 24. 10. 1969; Freigelassene Deutsche von Peking gut behandelt. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. 10. 1969; Peking wirft den Freigelassenen nichts vor. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 11. 1969.

³⁷ Aus rein räumlichen Gründen ist es nicht möglich, dieses Thema mit der nötigen Ausführlichkeit zu behandeln. Vgl. ergänzend: Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland nach den Prager Ereignissen. Teil II: Der Handel mit den einzelnen Ländern. dpa-Archiv / Hintergrund 1876, 9. 11. 1968; Länderberichte „Volksrepublik China 1969. Allgemeine Sta-

Außenhandel der BRD mit der VR ChinaEin- und Ausfuhrwerte (1000 DM)³⁸

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Außenhandels- umsatz	Ausfuhr- (+) Einfuhr- (-) überschuß
1951	204 941	16 848	221 789	— 188 093
1952	73 902	11 711	85 613	— 62 191
1953	139 555	104 975	244 530	— 34 580
1954	151 517	90 198	241 715	— 61 319
1955	192 666	109 925	302 591	— 82 741
1956	222 942	155 819	378 761	— 67 123
1957	172 023	199 747	371 770	+ 27 724
1958	245 464	681 872	927 336	+ 436 408
1959	278 072	540 746	818 818	+ 262 674
1960	291 320	400 823	692 143	+ 109 503
1961	159 430	123 330	282 760	— 36 100
1962	156 420	124 514	280 934	— 31 906
1963	162 534	61 309	223 843	— 101 225
1964	206 903	101 916	308 819	— 104 987
1965	290 870	316 000	606 870	+ 25 130
1966	370 114	517 733	887 847	+ 147 619
1967	306 199	826 085	1 132 284	+ 519 886
1968 ¹	341 276	694 985	1 036 261	+ 353 709

¹ Vorläufiges Ergebnis

Die Zahlen demonstrieren eindrucksvoll die Entwicklung des deutsch-chinesischen Warenaustausches, wobei zur Erläuterung hinzugefügt werden soll, daß der starke Anstieg 1958 auf den sogenannten Flaggenzwischenfall von Nagasaki zurückzuführen ist³⁹. Der vergleichsweise niedrige Handelsumsatz 1961 bis 1963 dagegen ist eine Auswirkung des sogenannten „Großen Sprungs nach vorn“⁴⁰. Außer dem bereits erwähnten inoffiziellen Handelsabkommen für 1957⁴¹ bestehen weder Handelsvereinbarungen, Handelsmissionen oder -büros. Daß die Bundesrepublik trotzdem nach Japan den zweiten Platz der westlichen Handelspartner Chinas einnimmt, liegt daran, daß Peking im allgemeinen Politik und Handel trennt⁴² und seine Einkäufe dort tätigt, wo es die beste Qualität zu günstigsten Preisen erhalten kann. Die Bundesrepublik importiert größtenteils landwirtschaftliche Produkte aus China, während Stahl und Stahlprodukte sowie chemische Erzeugnisse, Maschinen und

tistik des Auslands, Hrsg.: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Kohlhammer, Stuttgart und Mainz, 11. 1969; Gajzago, Oliver von: Der Handel der BRD mit den kommunistisch regierten Staaten in den Jahren 1967 und 1968. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 21, April 1970; Großmann, Bernhard: Peking — Bonn; Substantial Non-Relations, a.a.O. (Anm. 3).

³⁸ Quelle: Statistisches Bundesamt, nach: Länderberichte — Volksrepublik China 1969, a.a.O. S. 88.

³⁹ Dieser Vorfall führte zu einem vorläufigen Abbruch der japanisch-chinesischen Handelsbeziehungen, Nutznießer dieser Entwicklung war die BRD.

⁴⁰ Vgl. Großmann, a.a.O. S. 228.

⁴¹ Vgl. dazu Anm. 9.

⁴² Im allgemeinen deshalb, weil China je nach Gutdünken den Primat auf Wirtschaft oder Politik legt. Vgl. den Nagasaki-Zwischenfall.

Fahrzeuge nach China exportiert werden⁴³. Die rückläufige Tendenz des Außenhandelsumsatzes seit 1967 hat sich auch 1970 fortgesetzt⁴⁴, trotz eines Millionenauftrages über die Lieferung von Lokomotiven⁴⁵.

Für die richtige Relation des deutsch-chinesischen Handels ist es notwendig, sich zu vergegenwärtigen, daß der Handel mit der BRD im Außenhandelsumsatz Chinas für 1969 nur etwa 5% ausmacht⁴⁶ und daß umgekehrt die gesamte kommunistische Welt einschließlich Chinas 1970 lediglich einen Anteil von etwa 5% an der deutschen Ausfuhr hatte⁴⁷. Erst bei Berücksichtigung dieses für beide Seiten sehr geringen Handelsvolumens wird offenkundig, daß die Bedeutung des Chinahandels der Bundesrepublik gemeinhin überschätzt und überbewertet wird.

Die Bundesrepublik Deutschland in der Presse der Volksrepublik China

Einer Analyse der außenpolitischen Berichterstattung der chinesischen Presse muß vorausgeschickt werden, daß diese Presse nicht der objektiven Berichterstattung, sondern der Verankerung der vom Regime als „richtig“ erkannten Ansichten und Meinungen im politischen Bewußtsein des chinesischen Volkes dient. Die Berichterstattung in den fremdsprachigen Publikationsorganen soll vor allem den chinesischen Standpunkt bei der Bewertung politischer Vorgänge im Ausland deutlich machen und vor den Lesern in propagandistischer Absicht vertreten.

Sowohl die für das Inland als auch die für das Ausland bestimmten Presseorgane⁴⁸ Chinas befassen sich vergleichsweise häufig mit den Ereignissen in der Bundesrepublik Deutschland. Nahezu sämtliche Artikel richten sich dabei in ihrem Tenor gegen die Bundesrepublik, d. h. gegen die Regierung der BRD. Die Gründe dafür sind vor allem

- die gute deutsch-amerikanische Allianz,
- die sich aus den verschiedenen Gesellschaftsordnungen ergebende ideologische Konfrontation,
- bis 1960 die guten Beziehungen Pekings zu Pankow und Moskau, die ihrerseits zu allen Gelegenheiten die „westdeutschen Revanchisten“ anprangerten.

Doch auch nachdem die Differenzen zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China zutage traten und sich das Verhältnis Pekings zu Pankow verschlechterte, ergab sich daraus keine Veränderung der chinesischen Propaganda gegenüber der Bundesrepublik.

⁴³ Vgl. Anm. 37.

⁴⁴ Vgl. dazu: Chinahandel ohne Chance. Christ und Welt, 5. 3. 1971, S. 2; eine an dieser Stelle angedeutete Verbindung mit dem Abschluß des Gewaltverzichtsvertrages Bonn-Moskau wirkt irreführend. Vgl. dazu die Ausführungen Teil II.

⁴⁵ Vgl. Deutsche Lokomotiven für China. Süddeutsche Zeitung, 13. 7. 1970.

⁴⁶ Chinesischer Export 1969 (in Millionen US-Dollar): 2.060, deutscher Anteil 84,2, chinesischer Import 1969 1.825, deutscher Anteil 171,3. Nach: China's Foreign Trade in 1969. Current Scene, Vol. VII, Nr. 16, 7. 10. 1970.

⁴⁷ Vgl. Der Bumerang im Ostgeschäft. Christ und Welt, 5. 3. 1971.

⁴⁸ Für China sind vor allem die chinesische Ausgabe der Nachrichtenagentur Hsinhua, das Zentralorgan der KP Chinas, die Jen-min Jih-pao (Volkszeitung), das theoretische Organ, Hung Chi (Rote Fahne) sowie die Armeezeitung, Chieh Fang Chün-pao zu erwähnen; für das Ausland das Daily Bulletin der Nachrichtenagentur Hsinhua, sowie die verschiedenen Ausgaben der „Peking Rundschau“.

Die Themenkreise der chinesischen Berichterstattung über die Bundesrepublik sind dabei von der aktuellen politischen Lage sowie von den primären Interessen und der Zielsetzung der chinesischen Außenpolitik abhängig⁴⁹. Bezüglich der Außenpolitik der BRD war die chinesische Kritik bis etwa 1968 an den deutsch-amerikanischen Beziehungen orientiert. Die Bundesregierung wird als „Lakai des amerikanischen Imperialismus“⁵⁰ bezeichnet, gleichgültig ob es sich nun um die Nahostpolitik⁵¹ Bonns handelt oder um die deutsche Entwicklungspolitik⁵². Mit großer Aufmerksamkeit werden Auslandsreisen deutscher Politiker registriert, die Japanreise Adenauers 1960⁵³ ebenso wie die Kiesingers 1969⁵⁴, die Gespräche Kiesingers mit de Gaulle 1968⁵⁵, die Brandts mit Pompidou⁵⁶ oder Heath⁵⁷. Dabei wird viel Mühe darauf verwendet, die Gegensätze und Widersprüche im westlichen Lager herauszustellen⁵⁸.

Auf die besonders seit 1968 deutlich werdende Einbeziehung der BRD und der Deutschlandfrage in die sino-sowjetische Polemik wird, ihres besonderen Interesses wegen, gesondert eingegangen.

Ungleich ausführlicher als die Außenpolitik wird die innenpolitische Entwicklung der BRD beobachtet und kommentiert. Hauptnenner dieser Kommentare ist dabei gleichbleibend die „revanchistische und militaristische“ Politik der Bundesregierung. Entsprechend den wechselnden innenpolitischen Problemen zielt die Propaganda Pekings stets darauf ab, die Politik der BRD negativ darzustellen und das dazu in Opposition stehende Volk hervorzuheben. So war die Diskussion um die Notstandsgesetze im Sommer 1968 einer der Kristallisationspunkte chinesischer Kommentare⁵⁹.

⁴⁹ Die folgenden Ausführungen beruhen auf einer Beobachtung der chinesischen Publizistik der letzten Jahre. Die angegebenen Fundstellen sind jeweils nur ein Beispiel aus neuerer Zeit aus einer Reihe gleichartiger Veröffentlichungen.

⁵⁰ Vgl. u. a. A great step taken by US imperialism in speeding up revival of West German militarism. Peking Review, 1968, Nr. 23.

⁵¹ Vgl. dazu auch Ray, Hemen: Die Deutschlandpolitik des kommunistischen China. Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 16/1969, 19. 4. 1969.

⁵² Ebda.; vgl. u. a.: West German monopoly capital steps up economic expansion in Asia, Africa and Latin America. Hsinhua (DB), 13. 11. 1970.

⁵³ Vgl. Hsinhua (DB) vom 7. 2. und 25. 3. 1960 sowie Jen-min Jih-pao vom 4. 4. 1960. Darin wird Bonn bezichtigt, mit den japanischen Militaristen zu kollaborieren, auch kritische japanische Stimmen werden zitiert.

⁵⁴ Vgl.: Westdeutschlands Bundeskanzler schmiedet mit japanischem Ministerpräsidenten engere Kollaboration. Hsinhua (DB), 22. 5. 1969.

⁵⁵ Vgl. The de Gaulle – Kiesinger talks. Peking Review, Nr. 10/1968.

⁵⁶ Vgl. Paris-Reise Brandts hat aus Interessenkonflikten resultierende Gegensätze nicht gelöst. Hsinhua (DB), 8. 2. 1970.

⁵⁷ Vgl. Brandt's visit shows British–West German collusion. Hsinhua (DB), 10. 3. 1970.

⁵⁸ Vgl. Anm. 56 sowie: Peking unterstellt deutsch-französische Gegensätze. Die Welt, 9. 2. 1970; Brandt's visit shows British–West-German collusion. Hsinhua (DB), 10. 3. 1970; US–West German talks indicate insuperable contradiction among imperialist countries. Hsinhua (DB), 18. 4. 1970.

⁵⁹ Vgl. dazu Ray, Hemen, a.a.O.: sowie: in Westdeutschland und Westberlin wird der Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung fortgesetzt. Hsinhua (DB), 17. 5. 1968; Kampf der Studenten gegen die „Notstandsgesetzgebung“ brach über Deutschland aus. Hsinhua (DB), 29. 5. 1968; Westdeutscher Bundestag verabschiedet „Notstandsgesetze“. Hsinhua (DB), 31. 5. 1968.

Als Hauptthemenkreise der Jahre 1969/70 ergaben sich die

- Protestaktionen von Studenten, Schülern und Arbeitern, die
- Wirtschaftsentwicklung und Militärpolitik sowie die
- Politik der rechtsgerichteten Parteien.

Das Bild der innenpolitischen Situation der BRD, das sich aus der Betrachtung der chinesischen Presse ergibt, zeigt ein Volk, das sich mannhaft gegen seine militaristischen und revanchistischen Führer auflehnt, dessen Studenten gegen das dekadente Erziehungssystem⁶⁰, die Arbeiter gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem⁶¹ und das gesamte Volk sich gegen den überall auftauchenden Neonazismus und Neofaschismus zur Wehr setzt⁶². Wirtschaftspolitisch steuert der Kurs der Regierung auf den Bankrott zu, die Außenpolitik scheitert an den unüberwindlichen Widersprüchen, die sich aus der Zusammenarbeit der reaktionären Herrscherclique mit den US-Imperialisten und den sowjetischen Revisionisten ergeben. Daß die deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen nirgendwo auch nur erwähnt werden, ist nicht weiter verwunderlich.

Die Berichterstattung der Presse der Volksrepublik China über die Bundesrepublik führt zu dem Schluß, daß das Interesse Pekings an der Politik der BRD **nicht** in der Bundesrepublik als solcher begründet ist. Es ist die besondere geographisch-politische Situation der BRD, die die Indienstellung der Bundesrepublik in die außenpolitischen Ziele der VR China – die Sprengung des durch die USA und die Sowjetunion gegebenen Bilateralismus – die Bonn für Peking so interessant macht. Entsprechend richtet sich die chinesische Kritik an der Politik der Bundesrepublik stets mehr an die Adresse der USA oder der Sowjetunion als an die BRD selbst.

2. Die Beziehungen zwischen der DDR und der Volksrepublik China

Ähnlich, wenn auch in stärkerem Ausmaße als die Politik der Bundesrepublik in den ersten Jahren den politischen Vorstellungen der USA verbunden war, ist die Politik der DDR bis heute sowjetischen Direktiven verpflichtet. Das gilt auch für die Beziehungen der DDR zur VR China, besonders seit Beginn der sino-sowjetischen Auseinandersetzung. Daß die ostdeutsche Chinapolitik gleichwohl nicht in allen Phasen mit der sowjetischen gleichgesetzt werden kann, zeigt der folgende Überblick.

⁶⁰ Vgl. Ray, Hemen: Die Haltung Chinas gegenüber der Studentenbewegung in der Bundesrepublik; a.a.O., S. 22–24; aus den unzähligen chinesischen Artikeln darüber seien nur einige herausgesucht: West German engineering school students persist in struggle against decadent educational system. Hsinhua (DB), 17. 4. 1968; West German university students protest against government fascist outrage. Hsinhua (DB), 15. 1. 1969; Anti-US demonstration by West Berlin students. Hsinhua (DB), 26. 5. 1970.

⁶¹ Vgl. u. a.: West German workers wage strike struggle. Hsinhua (DB), 21. 9. 1969; Upward revaluation of West German Mark signifies worsening of capitalist world financial crisis. Hsinhua (DB), 2. 11. 1969; West German economic worsens. Hsinhua (DB), 23. 3. 1970.

⁶² Vgl. u. a.: West Berlin Souths protest against neo-nazi party-meeting. Hsinhua (DB), 16. 3. 1969; West German people protest against nazi activities. Hsinhua (DB), 16. 2. 1970.

Die zwischenstaatlichen Beziehungen von 1949 bis 1960⁶³

Es gehört zur Typologie der Herrschaft Stalins, daß sich die Beziehungen Osteuropas zu China auf diplomatische Gepflogenheiten beschränkten. Bereits am 18. Oktober 1949 wurden zwischen der DDR und der VR China diplomatische Beziehungen aufgenommen⁶⁴ und kurz darauf Missionen in Peking und Ost-Berlin eingerichtet⁶⁵. Bis zum Tode Stalins kamen die beiderseitigen Beziehungen aber nicht über den Austausch von Grußbotschaften und den Abschluß eines Kulturabkommens⁶⁶ hinaus, trotz des Lobes ostdeutscher Funktionäre für das chinesische Beispiel⁶⁷ und chinesischer Hilfeversprechen⁶⁸.

Zu engeren Kontakten kam es nur schrittweise⁶⁹, deutlich erkennbar erst nach dem Besuch Chou En-lais im Juli 1954 in Ost-Berlin⁷⁰ und dem von Lothar Bolz in Peking⁷¹.

Nach Beendigung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und China im April 1955 durch Mao Tse-tung⁷² stand einem Freundschaftsvertrag mit der DDR nichts im Wege. Zur Unterzeichnung⁷³ reiste Grotewohl im Dezember 1955 in die VR China, gleichzeitig besuchte er auch Nord-Korea und die Mongolische VR. Bemerkenswert ist die Betonung der chinesisch-westdeutschen Beziehungen⁷⁴ sowie die auf die deutsche Wiedervereinigung abgestimmte Vertragsdauer⁷⁵.

Das gute Einvernehmen zwischen Peking und Pankow wurde in der Folgezeit sowohl durch gegenseitige Teilnahme an Parteitag⁷⁶ als auch durch vorsichtige Nach-

⁶³ Weitere Darstellungen dazu: Frei, Otto: Die Beziehungen zwischen Pankow und Peking. Osteuropa, 1961 Nr. 7/8, S. 541–544 (bis Ende 1960); Spittmann, Ilse: Die SED und Peking. SBZ-Archiv 1964, Nr. 16, S. 248–254 (bis Mitte 1964); Stern, Carola: Relations between the DDR and the Chinese Peoples Republic 1949–65. In: Communism in Europe – Continuity, Change, and the Sino-Soviet Dispute, Vol. II, MIT-Press, London, 1966; Ray, Hemen: Die Deutschlandpolitik des kommunistischen China. Aus Politik und Zeitgeschichte, 1969, Nr. 16, S. 3–16 (bis Ende 1968).

⁶⁴ Vgl. Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Band I, Berlin 1954, S. 321–323; nach: Stern, Carola: a.a.O., S. 98.

⁶⁵ Ebda. Im Juni 1950 reiste der Gesandte der DDR nach Peking, im Oktober der Chinas nach Ost-Berlin.

⁶⁶ Ebda. S. 323–324. Das Abkommen wurde am 9. 10. 1951 unterzeichnet.

⁶⁷ Vgl. Hans Seigewasser: „Wir sollten begreifen, daß wir viel vom chinesischen Volk lernen können ...“ Tägliche Rundschau, 8. 6. 1951, nach Ray, Hemen, a.a.O. S. 3.

⁶⁸ Kuo Mo-jo bei der ersten deutsch-chinesischen Freundschaftswoche in Ostberlin. Tägliche Rundschau, 7. 6. 1951; nach Ray, Hemen, ebd.

⁶⁹ So wurden am 5. 10. 1953 die diplomatischen Missionen zu Botschaften erhoben, am 30. 10. ein Abkommen über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Vgl. Stern, Carola, a.a.O. S. 98–99.

⁷⁰ Vom 23. bis 26. 7. 1954 auf dem Rückweg von der Indochina-Konferenz in Genf, vgl. Stern, Carola, a.a.O. S. 99.

⁷¹ Vom 25. 9. bis 10. 10. 1954 zum 5. Jahrestag der Gründung der VR China. Vgl. Stern, Carola, a.a.O. S. 99; Ray, Hemen, a.a.O. (Anm. 63), S. 4.

⁷² Ostdeutsche Nachrichtenagentur adn, 9. 4. 1955, vgl. auch Anm. 6.

⁷³ „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit“ vom 25. 11. 1955, Text siehe: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Vol. III, S. 424 ff.

⁷⁴ Die DDR erklärt, „... daß sie eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der VR China und Westdeutschland ... begrüßen würde ...“, ebda.

⁷⁵ Der Vertrag hat bis zur „... Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat ...“ Gültigkeit. Ebda.

⁷⁶ So die Teilnahme einer SED-Delegation am VIII. Parteitag der KP Chinas 1956 und die einer chinesischen Delegation am V. Parteitag der SED 1958. Vgl. Spittmann, Ilse, a.a.O. S. 249.

ahmung des chinesischen Beispiels durch die DDR demonstriert⁷⁷. Ulbricht pries die Politik der KP Chinas⁷⁸, wußte sich mit China einig in der Verurteilung der „jugoslawischen Revisionisten“⁷⁹.

Während sich die SED vorsichtig-zustimmend gegenüber der Hundert-Blumen-Kampagne (Mai 1956—Juni 1957) in China verhielt⁸⁰, äußerte sie sich über das Volkskommunenexperiment des „Großen Sprungs nach vorn“ geradezu enthusiastisch⁸¹. Damit wich die DDR von der sowjetischen Haltung⁸² ab, negierte die beginnenden sino-sowjetischen Differenzen. Ähnlich verhielt sich die DDR gegenüber dem chinesisch-indischen Grenzkonflikt im September 1959⁸³. Im Gegenzug unterstützte Peking die Haltung der DDR in der Berlin-Frage nachdrücklich⁸⁴. Die Besuche Grotewohls in Peking⁸⁵ und Peng Teh-huais in Ost-Berlin⁸⁶ 1959 wurden von beiden Seiten als „bedeutungsvolle Manifestation der Freundschaft“⁸⁷ gewertet. Die Begeisterung der DDR für China hielt bis Mitte 1960 vor⁸⁸, doch ergab sich ein gewisser Unterschied in der eher zurückhaltenden Haltung Ulbrichts gegenüber der anderer SED-Führer⁸⁹. Die Vereinbarungen über wissenschaftlichen Austausch im

⁷⁷ So übernahm die DDR im Januar 1956 die staatliche Beteiligung an Privatbetrieben, die Arbeitseinsätze für Parteifunktionäre, den Mannschaftsdienst für Offiziere (auf Beschluß des V. Parteitages der SED 1958); vgl. SBZ-Archiv 1958/3, S. 47 f. Die letzte Neuerung wurde in dem Bericht des Politbüros an das 11. ZK-Plenum wieder rückgängig gemacht. Vgl. Neues Deutschland, 21. 12. 1960.

⁷⁸ Vgl. u. a. Ulbricht, Walter: Die sozialistische Umgestaltung in China. Einheit, 1956, Nr. 11.

⁷⁹ Dies besonders am V. Parteitag der SED, vgl. Neues Deutschland, 13. 7. 1958, nach Spittmann, Ilse, a.a.O. S. 249.

⁸⁰ Ulbricht befürchtete eine ähnliche Situation im eigenen Lande und definierte für den ostdeutschen Gebrauch, daß es „bei uns nicht darum geht, alle Blumen erblühen zu lassen, sondern vielmehr um eine richtige Zuchtwahl...“, Neues Deutschland, 5. 2. 1957 (SBZ-Archiv 1957, Nr. 3, S. 46). Er triumpierte erst, als die „Wortführer der Rechten in aller Öffentlichkeit Schritt für Schritt überführt... wurden“. Vgl. Ein historisches Jahrfünft für China. Neues Deutschland, 12. 7. 1957. Nach: Spittmann, Ilse, a.a.O. S. 251.

⁸¹ Im Oktober 1959 bezeichnete der DDR-Botschafter in Peking, Paul Wandel, die Volkskommunen als „Siege des Marxismus-Leninismus“ (Einheit 1959 / Nr. 10) und definierte: „Volkskommunen, das heißt satt essen!“ (ebda.), vgl. auch Spittmann, Ilse, a.a.O. S. 251.

⁸² Die Sowjetunion schwieg zu den Volkskommunen, tolerierte sie als „nationale chinesische Besonderheit“; Chruschtschow kritisierte sie aber offen und bezeichnete sie als altmodisch, vgl. Floyd, David: Die feindlichen Genossen, München, 1964, S. 284.

⁸³ Grotewohl nahm am 28. 9. 1959 eindeutig Partei für China (Rede Grotewohls zum 10. Jahrestag der VR China, Neues Deutschland, 29. 9. 1959), paßte sich jedoch fünf Wochen später, am 10. November, der neutralen Linie Moskaus an. Vgl. Spittmann, Ilse, a.a.O. S. 250.

⁸⁴ „Berlin muß dem deutschen Volk zurückgegeben werden. Das ist eine gerechte Maßnahme, die im Einklang mit dem einheitlichen Wunsch des ganzen deutschen Volkes steht...“ Vorwärts (Ost-Berlin), 22. 12. 1958, nach Ray, Hemen, a.a.O. S. 7.

⁸⁵ Grotewohl wurde dabei von Mao Tse-tung empfangen. Vgl. Dokumente zur Außenpolitik der DDR (Ost-Berlin), Band VII, S. 329 ff.

⁸⁶ Ebda.

⁸⁷ Vgl. Volksarmee (Ost-Berlin), 5. 5. 1959, zit. nach Ray, Hemen, a.a.O. S. 8.

⁸⁸ Vgl. Hermann Matern in Neues Deutschland, 2. 10. 1959; Heinrich Rau: Unser Handel mit China wird immer größer. Neues Deutschland, 19. 1. 1960, zit. nach Spittmann, Ilse, a.a.O. S. 251.

⁸⁹ Im Gegensatz zu den Reden von Matern, Rau und Grotewohl erwähnte Ulbricht selbst zu diesem Zeitpunkt weder die Volkskommunen noch den indisch-chinesischen Grenzkonflikt. Vgl. dazu die Rede zum 10. Jahrestag der VR China, Neues Deutschland, 2. 10. 1959, zitiert nach Stern, Carola, a.a.O. S. 110. Diese Handlungsweise Ulbrichts scheint

April 1960⁹⁰ waren die letzten in der Phase der freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und der DDR.

Die SED und der sino-sowjetische Konflikt (1960–1964)

Die SED-Führung muß bereits im Herbst 1959 eine sowjetische Direktive zur Haltung gegenüber Peking bekommen haben⁹¹, der im Frühjahr 1960 offensichtlich eine weitere folgte.

Tatsächlich distanzierte sich die SED Anfang Juni 1960 erstmalig von den einst so gepriesenen Volkskommunen⁹². Schwerer wog die Parteinahme Ulbrichts für die Koexistenz-Politik Chruschtschows bei der Beratung der regierenden kommunistischen Parteien in Bukarest⁹³. Trotz dieser Bekenntnisse zu Moskau und der damit verbundenen Haltung gegen China in dessen Konflikt mit der Sowjetunion⁹⁴ zeigte sich die SED bis zu ihrem VI. Parteitag im Januar 1963 nach außen hin nahezu „neutral“ und enthielt sich fast jeder eigenen Stellungnahme⁹⁵. Eine Ausnahme davon machte die china-freundliche Erklärung zum sino-indischen Grenzkonflikt im Oktober 1962⁹⁶. Diese Verhaltensweise, für die sich eine Anzahl weiterer Beispiele anführen ließe, demonstriert, daß die SED den sino-sowjetischen Konflikt vor der eigenen Bevölkerung herunterspielen wollte, sei es weil sie um ungünstige Reaktionen im Volk oder Auswirkungen auf die Politik in der Deutschlandfrage fürchtete.

darauf zurückzuführen, daß er über die Pläne der sowjetischen Politiker besser informiert war. Bedeutsam ist, daß die o. a. Reden von Rau und Matern zwar im Neuen Deutschland wiedergegeben wurden, nicht jedoch die Passagen über die Kommune und den Grenzkonflikt. Die chinesische Presse veröffentlichte den gesamten Text. Vgl. Jen-min Jih-pao, 29. 9. 1959 sowie 7. 10. 1959, nach: Glaubitz, Joachim: China im Ostblock, Osteuropa, 1960/4, S. 262.

⁹⁰ Vgl. Dokumente zur Außenpolitik, Band VIII, 1961, S. 340–341, sowie Neues Deutschland, 11. 4. 1960, zit. nach Stern, Carola, a.a.O. S. 111.

⁹¹ Dies geschah wahrscheinlich über Ulbricht, vgl. Anm. 89.

⁹² Vgl. die Rede von Ulbricht am 11. 6. 1960: Die Grundfragen lösen, um die Gesamtaufgabe zu erfüllen. Neuer Weg, 1960/17, sowie: zur Klärung einer Frage. Neues Deutschland, 17. 6. 1960, zit. nach SBZ-Archiv, 1960/14, S. 224. Z. B. ordnete Ulbricht die Entfernung eines Spruchbandes am chinesischen Stand der Landwirtschaftsausstellung in Leipzig an, das besagte, daß der Weg zum Sozialismus „von der Bodenreform über die Genossenschaft zur Volkskommune“ führte (ND, 17. 6. 1960), zit. nach Frei, Otto, a.a.O., S. 543 (Anmerkung 63).

⁹³ Walter Ulbricht: Wir können den Krieg verhindern. Rede auf dem III. Parteitag der Rumänischen Arbeiterpartei (24. bis 26. 6. 1960), Neues Deutschland, 23. 6. 1960, zit. nach Spittmann, Ilse, a.a.O. S. 251.

⁹⁴ Wie erst 1963 bekannt wurde, trat die SED nach eigenem Zeugnis auf der Moskauer Konferenz (November 1960) gegen die Chinesen auf und richtete mehrere Briefe zum Konflikt an die KP Chinas (Neues Deutschland, 21. 7. 1963); vgl. dazu Spittmann, Ilse, a.a.O. S. 252.

⁹⁵ Die Presse der DDR, besonders das „Neue Deutschland“, berichtete schwerpunktmäßig über die guten zwischenstaatlichen Kontakte Moskau–Peking, berichtete über den Konflikt nur am Rande, vgl. „Neues Deutschland“ 1960–62 sowie Stern, Carola, a.a.O. S. 118 bis 119. Öffentlich kritisierte die SED die KP Chinas, weil sie die KP Albanien unterstützte. Vgl. Neues Deutschland, 8. 1., 11. 1. und 13. 1. 1963, zit. nach Spittmann, Ilse, a.a.O. S. 252.

⁹⁶ Im Gegensatz zur Sowjetunion, die für eine Beendigung der Kämpfe eintrat, plädierte die DDR für Verhandlungen, was mehr einer chinesischen als einer sowjetischen Unterstützung gleichkam. Neues Deutschland, 4. 10. 1962, zit. nach Stern, C., a.a.O. S. 119.

Die zwischenstaatlichen Kontakte zu China waren bis Ende 1962 relativ gut und erfuhr erst im Januar 1963, nach dem VI. Parteitag der SED eine entscheidende Veränderung. Auf dieser Tagung griff Ulbricht unter Verteidigung des sowjetischen Standpunktes die Politik der KP Chinas massiv an⁹⁷ und beschuldigte China unter anderem auch der Aggression gegen Indien⁹⁸. Die anschließenden Ausführungen des Sprechers der chinesischen Delegation, Wu Hsiu-ch'üan, wurden von Mißfallenskundgebungen begleitet⁹⁹. Mit diesen Auseinandersetzungen rückte die DDR in den Mittelpunkt des sino-sowjetischen Streites, zumal die SED ihre „Zurückhaltung aufgab und sich mit eigenen Stellungnahmen am Konflikt beteiligte, Kommentare der KPdSU und anderer Parteien abdruckte¹⁰⁰. China versuchte mit Zweifeln an der Aufrichtigkeit der sowjetischen Deutschlandpolitik Mißtrauen zwischen die DDR und die Sowjetunion zu säen¹⁰¹, ohne jedoch die DDR oder die SED direkt anzugreifen. Gegen die „spalterischen Aktivitäten“ der Chinesen und ihre Versuche, in der SED Einfluß zu gewinnen¹⁰² protestierte die SED energisch und untersagte der Bevölkerung der DDR jeden direkten Kontakt mit ausländischen Vertretungen¹⁰³.

In der ersten Hälfte des Jahres 1964 erreichten die chinesisch-ostdeutschen Beziehungen einen absoluten, bisher nicht wieder erreichten Tiefpunkt¹⁰⁴. In der „Erklärung des ZK der SED zum sowjetisch-chinesischen Konflikt“ vom 14. April 1964 formulierte die SED ihre eigene Position in diesem Konflikt¹⁰⁵, nicht ohne die „traditionellen Verbindungen zwischen der deutschen Arbeiterbewegung mit der chinesischen Befreiungsbewegung und dem Weltkommunismus“ zu beschwören¹⁰⁶.

⁹⁷ Zum VI. Parteitag vgl. Stern, C., a.a.O. S. 120–121; Osten, Walter: Moskau–Peking und die SED. Osteuropa, 1964, Nr. 6, S. 450 ff.; Ray, Hemen, a.a.O. S. 8–11.

⁹⁸ Osten, Walter, a.a.O. S. 455.

⁹⁹ Wu Hsiu-chuan war vor Beginn seiner Rede von der Leitung des SED-Parteitages erfolglos gebeten worden, Beschimpfungen der Jugoslawen zu unterlassen. Die mehrmalige Unterbrechung durch den Versammlungsleiter Paul Verner bezeichnete die Jen-min Jih-pao vom 27. 1. 1963 als „unkameradschaftliche und vulgäre Behandlung“, während das Neue Deutschland am 24. 2. 1963 diese Beschuldigung als „unbegründet und unsachlich“ zurückweis, zu den Meinungsverschiedenheiten selbst sagte, daß sie nur „zeitweiliger Natur“ seien. Vgl. Osten, Walter, a.a.O. S. 450.

¹⁰⁰ Die Veröffentlichungen seit dem VI. Parteitag bis Ende August 1964 s.: Chronologische Bibliographie der wichtigsten Veröffentlichungen der SED/KPD zum Konflikt seit dem VI. Parteitag. SBZ-Archiv, 1964/16, S. 255.

¹⁰¹ Vgl. Chinesen erpressen und spalten. SBZ-Archiv 1964/6, S. 83. Siehe dazu im einzelnen Kapitel I/3 der vorliegenden Aufzeichnung.

¹⁰² Vgl.: Gibt es eine chinesische Fraktion in der SED? Spittmann, Ilse, a.a.O. S. 253.

¹⁰³ Vgl.: Diversanten im Diplomatenfrack. SBZ-Archiv, 1963/14.

¹⁰⁴ Im Neuen Deutschland waren die Auseinandersetzungen mit Peking zum Hauptthema geworden. Eine Fülle von Artikeln gab Stellungnahmen anderer Parteien wider, so das Referat von Suslow auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 14. 2. 1964 (ND [B], 4. 4. 1964), KPF: Chinesische Führer gehen von der Generallinie ab, ND (B), 11. 4. 1964 u. v. a. Die SED trug auch ihren Teil dazu bei, vgl. u. a.: Frieden, Sozialismus und die Pekinger Irrlehren. Neues Deutschland, Berliner Ausgabe (fortan: ND [B]).

¹⁰⁵ Nicht ohne sich gleichzeitig gegenüber der Vergangenheit abzusichern: „Unsere Partei hat bereits 1960 entschieden den Versuch zurückgewiesen, in unserer Republik die chinesischen ‚Volkskommunen‘ zu propagieren...“ „Stellungnahme des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gegen die Spaltungspolitik der chinesischen Führer, für die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Kommunistischen und Arbeiterparteien.“ ND (B), 15. 4. 1964, S. 1.

¹⁰⁶ Ebda.

Erst ab Mitte 1964 entspannten sich die gegenseitigen Beziehungen zunehmend: Anfang Juli besuchte eine chinesische Regierungsdelegation Ost-Berlin¹⁰⁷, unterzeichnete das überfällige Handelsabkommen, um das es bereits vorher zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen war¹⁰⁸, sowie ein weiteres über wissenschaftliche Zusammenarbeit¹⁰⁹. Zu den Feiern zum 15. Jahrestag der Gründung der beiden Staaten im Oktober waren Regierungsdelegationen entsandt worden¹¹⁰, die Glückwunschsadressen zeigten versöhnlichen Charakter¹¹¹. Die sowjetische Regierungsdelegation wurde von Breschnew geleitet, der bei seinen Gesprächen mit der SED über die Chinafrage „volle Einigkeit“ erzielte¹¹².

Der Sturz Chruschtschows am 14. Oktober 1964 brachte keine erkennbare Veränderung im chinesisch-ostdeutschen Verhältnis mit sich. Entsprechend der Entwicklung in den Monaten zuvor wurden auch die zwischenstaatlichen Beziehungen wieder stärker betont¹¹³. Die ostdeutsche Polemik war einer nahezu wertfreien Berichterstattung über China gewichen¹¹⁴ und entsprach damit der vorsichtigen Haltung, die die Nachfolger Chruschtschows in den ersten Monaten ihrer Herrschaft der Volksrepublik China gegenüber an den Tag legte.

Die Beziehungen von 1965 bis 1971

Die Tendenz zur Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen setzte sich auch 1965 fort. China war erstmals seit vier Jahren wieder auf der Leipziger Frühjahrmesse vertreten¹¹⁵, im Mai kam eine chinesische Regierungsdelegation unter Lu Ting-yi nach Ost-Berlin¹¹⁶. Außerdem wurden ein Abkommen über den Warenaustausch und ein Kulturarbeitsplan unterzeichnet¹¹⁷. Auch die Haltung der DDR

¹⁰⁷ Vgl. Chronik der Sowjetzone, SBZ-Archiv, 1964/15, S. 232–233.

¹⁰⁸ Nach dem Minister für Außenhandel, Erwin Kerber, stand der Beschluß eines derartigen Abkommens bereits im September 1963 „unmittelbar“ bevor (Weltpresse fragt, DDR-Minister antworten. Neues Deutschland [B], 4. 9. 1963). Peter Florin erklärte später, die Chinesen hatten versucht, die DDR zu erpressen, indem sie als Gegenleistung für ein Handelsabkommen die Zurücknahme der Moskauer Erklärung von 1960 verlangten. Vgl. Chinesen erpressen und spalten. SBZ-Archiv 1964/6, S. 83. Zum Abschluß des Abkommens vgl. Abkommen mit China. . . Neues Deutschland (B), 10. 6. 1964, S. 7.

¹⁰⁹ Chronik der Sowjetzone. SBZ-Archiv 1964/15, S. 233.

¹¹⁰ Vgl. In Peking eingetroffen. Neues Deutschland (B), 30. 9. 1964, S. 7, Geburtstagsgäste aus dem Ausland erleben die DDR, Neues Deutschland (B), 9. 10. 1964, S. 5.

¹¹¹ Vgl. Gruß zum 15. Jahrestag der Volksrepublik China. Neues Deutschland (B), 1. 10. 1964, S. 1; Erklärung der Regierungsdelegation der VR China zum 15. Jahrestag. Neues Deutschland (B), 9. 10. 1964, S. 10.

¹¹² Dies wurde vom Neuen Deutschland erst am 18. 10. 1964 veröffentlicht.

¹¹³ Vgl. Volksrepublik China dankt für Glückwünsche. Neues Deutschland (B), 22. 10. 1965, S. 1; Ausführungen Ulbrichts auf der 7. Tagung des ZK der SED über China im Neuen Deutschland, 6. 12. 1964, S. 5.

¹¹⁴ Vgl. Die Welt grüßt das Sowjetvolk (auch VR China). Neues Deutschland (B), 8. 11. 1964, S. 7; Zusammenkünfte leitender Funktionäre der KPdSU mit der chinesischen Partei- und Regierungsdelegation. Neues Deutschland (B), 14. 11. 1964, S. 1; Parlament Chinas einberufen. Neues Deutschland (B), 19. 12. 1964, S. 7.

¹¹⁵ Vgl. Friedrich Ebert besuchte chinesische Ausstellung. ND (B), 3. 3. 1965, S. 2; Messe-Empfang der chinesischen Delegation. ND (B), 4. 3. 1965, S. 3.

¹¹⁶ Vgl. Chinesische Delegation in der DDR eingetroffen (mit Foto). ND (B), 5. 5. 1965, S. 2; in seiner Rede enthielt sich Lu Ting-yi jeglicher Anspielung auf die Sowjetunion; vgl. Ein Sieg der Völker der ganzen Welt. ND (B), 8. 5. 1965, S. 6.

¹¹⁷ Vgl. DDR-Empfang in Peking „aus Anlaß der Unterzeichnung des Abkommens über den

zum sino-sowjetischen Konflikt war dieser Tendenz angepaßt. Zwar wurden einige der Grundsatzartikel zum Konflikt von der sowjetischen Presse (kommentarlos) übernommen¹¹⁸, nicht jedoch – im Gegensatz zu früher – die anderer Parteien. Eigene Kommentare der SED blieben vergleichsweise gemäßigt¹¹⁹. Der Schwerpunkt der ostdeutschen Berichterstattung über China lag auf der Betonung guter chinesisch-sowjetischer¹²⁰ und chinesisch-ostdeutscher¹²¹ Beziehungen, unter Vorenthaltung des tatsächlichen Standes im sino-sowjetischen Konflikt.

Die Auswirkungen der Kulturrevolution in China mit ihrem gesteigerten Antisowjetismus beeinträchtigten die chinesisch-ostdeutschen Beziehungen in den Jahren 1966/67 beträchtlich. Blieben 1966 die zwischenstaatlichen Kontakte noch beachtet¹²², so stellte sich die DDR in der negativen Beurteilung der Kulturrevolution ganz hinter die Sowjetunion¹²³. Die Darstellung der sino-sowjetischen Auseinandersetzungen erreichte einen Höhepunkt¹²⁴, wobei öffentliche eigene Kommentare selten blieben¹²⁵. Zu einem offenen Eklat kam es, als auf der Leipziger Herbstmesse die antisowjetischen chinesischen Schriften zur Schließung des Standes der VR China führten¹²⁶. Mit Anlaß für die tiefgreifende Verschlechterung der Beziehungen, die auch 1967 anhielt, war der Angriff von Rotgardisten auf ostdeutsche Diplomaten am 28. August in Peking¹²⁷.

Warenaustausch“. ND (B), 25. 2. 1965, S. 2; Kulturarbeitsplan mit der Volksrepublik China. ND (B), 6. 5. 1965, S. 2.

¹¹⁸ Vgl. Die Aktionseinheit – dringendstes Gebot des antiimperialistischen Kampfes. ND (B), 23. 6. 1965, S. 4; Die internationale Pflicht der Kommunisten aller Länder. ND (B), 28. 11. 1965, S. 5; Das Leben hat unseren Kurs vollauf bestätigt. ND (B), 14. 12. 1965, S. 5.

¹¹⁹ Öffentliche Polemik schadet. ND (B), 7. 9. 1965, S. 7; Bei der „Aussprache KPCh–SED“ beim Besuch Li Ting-yis „äußerste ... jede Seite ihre Ansichten über beide Seiten interessierende Fragen“. ND, 11. 5. 1965, S. 2.

¹²⁰ Vgl. Kossygin in Peking. ND (B), 6. 2. 1965, S. 2; Foto: Kossygin und Mao Tse-tung. ND (B), 15. 2. 1965, S. 1; „Kommunist“ zum Jahrestag des Vertrages Sowjetunion–China (verschweigt die sino-sowjetischen Spannungen). ND (B), 27. 2. 1965, S. 7; Fedorenko: China in seine Rechte einsetzen. ND (B), 10. 11. 1965, S. 7.

¹²¹ Vgl. 16. Geburtstag der Volksrepublik China. ND (B), 1. 10. 1965, S. 7; Glückwünsche für Volksrepublik China. ND (B), 1. 10. 1965, S. 1.

¹²² Vgl. u. a.: Grußtelegramm zum 45. Jahrestag der KP Chinas. ND (B), 1. 7. 1966, S. 2; Unterzeichnung eines Handelsabkommens, Hsinhua (DB), 25. 3. 1966; Veranstaltung zum Jahrestag der VR China. ND (B), 30. 9. 1966, S. 7.

¹²³ Vgl. u. a.: „Dekrete“ für die „Rotgardler in Peking“. ND (B), 11. 9. 1966, S. 5; „Kulturrevolution“ stößt auf Schwierigkeiten. ND (B), 13. 9. 1966, S. 7; Mao-Trupps stoßen auf Widerstand. ND (B), 20. 9. 1966, S. 7; Heftige innerparteiliche Auseinandersetzung in der KP Chinas. ND (B), 5. 6. 1966, S. 5.

¹²⁴ Vgl. im Neuen Deutschland: Bruderparteien zu den Vorgängen in China. 6. 9. 1966, S. 7; Kommunistische Parteien in Europa und Lateinamerika verurteilen chinesische Haltung. 10. 9. 1966, S. 5; ZK der USAP: Tiefe Besorgnis über Pekings Kurs. 15. 10. 1966, S. 6; Zwischenfälle vor der sowjetischen Botschaft in Peking, 24. 10. 1966, S. 2; UdSSR-Protest gegen Ausschreitungen in Peking. 28. 10. 1966, S. 7.

¹²⁵ Vgl. In fester Front mit der KPdSU vereint. ND (B), 10. 2. 1966, S. 7; Walter Ulbricht vor der Bezirksparteiaktivhalle: Warum können wir zu den Ereignissen in China nicht schweigen? ND (B), 14. 11. 1966. Einer der seltenen heftigen Angriffe der SED stammt von Günter Mittag vor dem 13. Plenum des ZK der SED. Vgl. ND, 18. 9. 1966.

¹²⁶ Vgl. SBZ-Archiv 1966/9, S. 257.

¹²⁷ Die DDR-Militärattachés in China und Vietnam (Kautzsch und Müller) wurden mit ihren Frauen aus dem Auto gezerrt und von Rotgardisten mißhandelt. Die DDR berichtete darüber nur durch den Abdruck ihrer Protestnote. Vgl.: Josef Hegen übergab Note an VR China. ND (B), 31. 8. 1966, S. 7.

Der 7. Parteitag der SED im April 1967 brachte ein erneutes klares Bekenntnis der Führer der DDR zur Sowjetunion und deren Standpunkt im Konflikt mit China¹²⁸. Auch sonst machte sich die SED zum Verteidiger der sowjetischen Interessen und bezog mit scharfen eigenen Attacken Stellung¹²⁹. Im Mai kam es dann zu einer erneuten Belästigung eines Botschaftsangehörigen in Peking¹³⁰, im Juli verunglückten bei einem Autounfall in Mecklenburg vier chinesische Diplomaten tödlich¹³¹. Beide Ereignisse führten zu einer weiteren Verschärfung der Polemik, zumal in China geargwöhnt wurde, daß es sich in Mecklenburg um mehr als nur einen „Unfall“ gehandelt habe, wie entsprechende Demonstrationen vor der Botschaft der DDR in Peking zeigten. Gleichzeitig wurden von der DDR der Widerstand gegen Mao¹³² und die „Kollaboration“ Chinas mit imperialistischen Staaten hervorgehoben¹³³.

Im Laufe des Jahres 1968 entspannten sich die deutsch-chinesischen Beziehungen zunehmend. Die zwischenstaatlichen Kontakte wurden reaktiviert, ein Handelsabkommen wurde wieder geschlossen¹³⁴, die antichinesische Polemik verminderte sich erheblich¹³⁵.

Im März 1969 entsandte Pankow einen neuen Botschafter nach Peking¹³⁶, doch wurde das vergleichsweise gute Einvernehmen durch die kurz darauf einsetzende Verschärfung des sino-sowjetischen Verhältnisses durch Grenzzwischenfälle empfindlich gestört. Nach kurzem Abwarten¹³⁷ stellte sich die SED wieder ganz auf die Seite Moskaus¹³⁸ und prangerte wie diese das Komplott Bonn–Peking an¹³⁹.

¹²⁸ Vgl. dazu die Berichterstattung über den Parteitag im Neuen Deutschland vom 17. bis 22. 4. 1967.

¹²⁹ Aus zahlreichen Artikeln im Neuen Deutschland vgl.: Sowjetische Journalisten zu den Vorgängen in China. 5. 1. 1967, S. 7; Öffentlichkeit der UdSSR empört über Ausschreitungen. 29. 1. 1967, S. 5; UdSSR fordert von Peking: Provokationen einstellen. 5. 2. 1967, S. 1; UdSSR-Diplomaten in Peking ständig bedroht. 8. 2. 1967, S. 7; UdSSR weist chinesische Diplomaten aus. 19. 3. 1967, S. 7.

¹³⁰ Vgl. DDR protestiert in Peking. ND (B), 2. 6. 1967, S. 7.

¹³¹ Vgl. Reinhardt, Helmut: Die DDR und China. Deutschland Archiv 1969/6, S. 671–676.

¹³² Vgl. Arbeiterwiderstand gegen Mao-Trupps. ND (B), 5. 1. 1967, S. 7; Straßenkämpfe in chinesischen Städten. ND (B), 17. 5. 1967, S. 7; Blutige Zusammenstöße in China. ND (B), 15. 8. 1970, S. 7.

¹³³ Vgl. Doppelspiel in Hongkong. ND (B) 12. 8. 1967, S. 7; Westdeutscher Handel mit VR China steigt. ND (B), 22. 9. 1967, S. 7.

¹³⁴ Vom Abschluß eines Handelsabkommens für das Jahr 1967 wurde nichts bekannt. Für 1968 vgl.: Handelsabkommen mit VR China. ND (B), 5. 5. 1968, S. 16.

¹³⁵ Das Neue Deutschland berichtete über die sino-sowjetischen Auseinandersetzungen nur indirekt durch Stimmen Dritter (vgl. ND [B], 29. 2. 1968, 1. 3. 1968, 31. 10. 1968). Die SED enthielt sich jeder direkten Kritik.

¹³⁶ Vgl. Neuer Botschafter der DDR in der VR China. ND (B), 1. 3. 1969, S. 2.

¹³⁷ Der erste Bericht über die Grenzzwischenfälle erschien erst am 8. 3. im Neuen Deutschland: Der Überfall am Ussuri (S. 7).

¹³⁸ Von März bis August 1969 erschienen im Neuen Deutschland eine Vielzahl von antichinesischen Artikeln. Vgl. u. a.: Neue Provokationen Chinas. 16. 3. 1969; Überfall war geplant – Kurs der Mao-Gruppe schadet dem Sozialismus. 23. 3. 1969; Hermann Axen auf der ersten Tagung des ZK der SED: Die Notwendigkeit des Kampfes gegen die antileninistische Politik der Gruppe Mao Tse-tung. Neues Deutschland, Regionalausgabe (R), S. 6.

¹³⁹ Vgl. Abscheu über Kumpanei zwischen Peking und Bonn. ND (B), 21. 3. 1969, S. 1–2; Enges Zusammenspiel zwischen Bonn und Peking. ND (B), 9. 4. 1969, S. 7.

Gleichzeitig wurde im Juli der Abschluß eines Handelsabkommens gemeldet¹⁴⁰, und ab September kam es — analog zur Entspannung im sino-sowjetischen Verhältnis¹⁴¹ — zu einem Abklingen der Feindseligkeiten.

Im Juni 1970 kam nach vier Jahren Unterbrechung eine chinesische Regierungsdelegation unter dem stellvertretenden Außenhandelsminister Chou Hua-min in die DDR¹⁴², und seit September ist die VR China in Ost-Berlin wieder durch einen Botschafter vertreten¹⁴³. Seither werden beiderseits die zwischenstaatlichen Kontakte betont¹⁴⁴, und die DDR berichtet wieder verstärkt über die guten chinesisch-sowjetischen Kontakte¹⁴⁵.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der VR China¹⁴⁶

Von 1950 an unterzeichneten die DDR und die VR China jährliche Handelsabkommen miteinander, wobei sich das Handelsvolumen stetig vergrößerte und die DDR 1957 und 1958 den dritten, 1959 (mit 216,6 Millionen Rubel) sogar den zweiten Platz hinter der Sowjetunion im Außenhandel Chinas einnahm¹⁴⁷. In den Jahren 1959/60 reduzierte sich der Handel durch die Auswirkungen des „Großen Sprungs“ auf 177,6 Millionen Rubel. Die schlagartige Verringerung des Handelsumfanges auf 85,7 bzw. 48,3 Millionen Rubel¹⁴⁸ in den Jahren 1960/61 ist nach ostdeutschen Angaben darauf zurückzuführen, daß Peking zahlreiche Verträge annulliert und wichtige Lieferungen unvermittelt storniert habe¹⁴⁹. Zweifellos muß diese Entwicklung jedoch auch mit dem Abzug der sowjetischen Experten im Sommer 1960 aus der VR China gesehen werden. Eine Verstärkung des sowjetischen Drucks auf China durch entsprechende ostdeutsche Aktionen ist durchaus denkbar. Ursprünglich hatte das

¹⁴⁰ Hsinhua (DB), 7. 7. 1969.

¹⁴¹ Am 11. September war Kossygin mit Chou En-lai in Peking zusammengetroffen, worauf es zu einer zunehmenden Entspannung in den gegenseitigen Beziehungen kam.

¹⁴² Offiziell kam die Delegation zum Abschluß des Handelsabkommens für 1970 nach Ostberlin. Vgl. ND (R), 1. 7. 1970, sowie Hsinhua (DB) 30. 6. 1970.

¹⁴³ Bemerkenswert ist der ausführliche Artikel, den das Neue Deutschland diesem Ereignis widmet; der Tenor liegt dabei ganz auf den freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Vgl. ND (R), 26. 9. 1970, S. 1–2.

¹⁴⁴ Vgl. u. a. Grußtelegramm zum Jahrestag der VR China. ND (R), 1. 10. 1970; Ambassador Gustav Hertzfeld gives a party in celebration of 21. anniversary of parting of GDR. Hsinhua (DB), 8. 10. 1970; Empfang beim Militärattaché Rudi Pankow zum 15. Jahrestag der NVA in Peking, Hsinhua (DB), 1. 3. 1971.

¹⁴⁵ Vgl. Telegramm Chou En-lais an Alexej Kossygin. ND (R), 16. 6. 1970, S. 8; Handelsprotokoll in Chabarowsk unterzeichnet. ND (R), 19. 9. 1970; Interessant ist die prompte Übernahme der sowjetischen Meldung über die Unterzeichnung eines Protokolls durch die sino-sowjetische Schifffahrtskommission in Heiho, ND (R), 21. 12. 1970, die durch Peking sofort demontiert worden war. Vgl. Peking Review, 1971/1, 1. 1. 1971, S. 7.

¹⁴⁶ Vgl. dazu im einzelnen Eckstein, Alexander: Communist China's Economic Growth and Foreign Trade. London 1966, S. 135–182; Communist China's Foreign Trade 1967, in: Communist China 1967. Union Research Institute, Hongkong 1969; dasselbe für 1968, Hongkong 1969.

¹⁴⁷ Nach Angaben des ehemaligen Geschäftsführers der Ostasiatischen Gesellschaft Dr. E. Groß; zit. nach: Spittmann, I., a.a.O. (Anm. 16, S. 250).

¹⁴⁸ Die Daten von 1958 bis 1962 vgl. Rede Kurt Hagers auf der 3. Tagung des ZK der SED im Juli 1963, SBZ-Archiv 1963/17/18, S. 283 ff., nach Spittmann, a.a.O. S. 250.

¹⁴⁹ Ebda., ebenfalls nach den Ausführungen Hagers.

Handelsabkommen DDR–VR China für 1960/62 eine Steigerung des Handelsvolumens um zehn Prozent vorgesehen¹⁵⁰.

Zu Schwierigkeiten schien es über das Handelsabkommen für 1964 gekommen zu sein, wobei die aufgezeigten Verhandlungen zwischen Bonn und Peking eine Rolle gespielt haben können¹⁵¹.

Trotz des Abschlusses von Handelsabkommen auch für die Jahre 1968–70 zwischen der DDR und China, wobei keine Einzelheiten bekannt gegeben wurden¹⁵², ist das Volumen des beiderseitigen Handels weiter rückläufig¹⁵³ und beträgt nur einen Bruchteil des Handels der BRD mit der Volksrepublik China.

3. Zusammenfassung: Die Deutschlandpolitik der Volksrepublik China

Aus der Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen lassen sich verschiedene Merkmale der chinesischen Deutschlandpolitik erkennen:

Für die chinesische Politik gegenüber der **Bundesrepublik Deutschland** ergibt sich, daß Peking großes Interesse an guten Wirtschaftsbeziehungen mit Bonn hat. Das gilt für die Entwicklung seit 1958 und aller Voraussicht nach auch noch für absehbare Zeit. Dieses Interesse ist an bestimmten Waren, deren Preis und Qualität orientiert, beeinflußt aber nicht das politische Verhalten Pekings gegenüber Bonn. Unverändert werden die „Bonner Revanchisten“ von Peking zu den ideologischen Gegnern gerechnet, meist zusammen mit den „US-Imperialisten“ und den „sowjetischen Revisionisten“ verurteilt. Dementsprechend negativ sind die Kommentare und Berichte, die die chinesische Presse über die Bundesrepublik verbreitet. Der Grund für den relativ breiten Raum, der dabei der deutschen Politik gewidmet wird, liegt tatsächlich mehr in der Frontstellung Chinas zu den USA und zur Sowjetunion (auf die meist Bezug genommen wird) als in einem echten Interesse an der BRD selbst. Daß ein solches Interesse nicht besteht, liegt an der Verflechtung Deutschlands im westlichen Bündnis und an seiner besonderen geopolitischen Lage. Auf den letzten Umstand wird im folgenden noch eingegangen werden.

Gänzlich anders geartet sind die Beziehungen Chinas zur **DDR**. Naturgemäß steht die SED auf der Seite Moskaus in deren Auseinandersetzung mit Peking, entsprechend müßte Peking die DDR ebenfalls zu seinen Gegnern zählen. Bei der Beurteilung der gegenwärtigen sino-ostdeutschen Beziehungen muß aber auch berücksichtigt werden, daß diese Beziehungen bis Mitte 1960 ausgesprochen freundschaftlich waren und erst dann, als Folge des sino-sowjetischen Disputes, umschlugen. Diese Freundschaft beruhte auf einer echten Sympathie der ostdeutschen Führer für die Innen- und Wirtschaftspolitik Mao Tse-tungs. Zu einem geringen Ausmaß scheint diese Sympathie auch heute noch fortzuwirken: die DDR blieb in ihrer anti-chinesischen Haltung meist etwas freundlicher als die Sowjetunion oder andere

¹⁵⁰ Neues Deutschland, 19. 1. 1960, zit. nach Stern, C., a.a.O. S. 139.

¹⁵¹ Vgl. dazu die Ausführungen im nächsten Abschnitt.

¹⁵² So lautet z. B. das Abkommen für 1970: „Ein Abkommen über den Warenaustausch und Zahlungsverkehr für das Jahr 1970 wurde zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der VR China am Dienstag in Berlin abgeschlossen. Das Abkommen unterzeichneten...“ ND (R), 1. 7. 1970, S. 2.

¹⁵³ China's Trade 1968 and 1967. Far Eastern Economic Review. Yearbook 1970, Hongkong 1970, S. 109.

kommunistische Parteien. Dieser Umstand darf aber nicht überbewertet werden, denn Ulbricht ist auch aus innenpolitischen Dingen sehr daran gelegen, den sino-sowjetischen Konflikt vor der ostdeutschen Bevölkerung nicht in seinem ganzen Ausmaß bekannt zu machen. Andererseits demonstriert auch Peking gegenüber Ost-Berlin ein auffallendes Wohlverhalten. Im Gegensatz zur Bundesrepublik war die DDR bisher in keinem Falle das Ziel eines chinesischen Angriffes – es gab bislang weder eine Erwiderung ostdeutscher Angriffe noch eine Verurteilung der Politik Ulbrichts. Selbst im Falle der CSSR-Intervention, die von Peking nachdrücklich verurteilt wurde, findet sich kein Hinweis auf die Rolle der DDR. Der Grund dafür liegt mit darin, daß Peking die DDR von sich aus nicht zum Feind haben möchte, sondern – durch Betonung eines Minimums an Gemeinsamkeit – eine potentielle Schwächung der Sowjetunion im Sinne ihrer außenpolitischen Zielsetzung erreichen will. Ein weiterer Grund für das vorsichtig-distanzierte Verhalten beider Staaten zueinander ist der Umstand, daß sich Ulbricht und Mao Tse-tung in ihrer ideologisch-doktrinären Haltung bis zu einem gewissen Grade ähnlich sind.

Daraus darf jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß Ulbricht möglicherweise ein heimlicher Parteigänger Mao Tse-tungs ist: Eine gewisse Sympathie, die zwischen beiden Staaten besteht, kann keine Auswirkungen auf die bestehenden Verhältnisse in Osteuropa haben, da ein Abweichen Ost-Berlins von Moskau ebenso wenig möglich ist wie eine militärisch-politische Aktivität Pekings in diesem Raum.

In der **Deutschlandfrage** hat sich China von jeher konsequent hinter die Forderungen der DDR und damit auch auf seiten der Sowjetunion gestellt. Ob es sich um die Forderung handelte, „daß beide deutschen Staaten . . . miteinander verhandeln“¹⁵⁴, oder den Protest gegen die westlichen Truppen in Berlin¹⁵⁵, den Besuch Kennedys¹⁵⁶, die Proteste gegen die Bundespräsidentenwahl¹⁵⁷ oder den Besuch Heinemanns in Berlin¹⁵⁸ handelte, stets trat Peking nachdrücklich für die Forderungen der DDR ein.

Der Unterschied in der chinesischen Argumentation seit Anfang der sechziger Jahre besteht darin, daß Peking nicht mehr mit der sowjetischen Haltung der Deutschlandfrage konform geht, sondern sich in seiner Politik in Unterstützung der Forderungen der DDR **gegen** die Sowjetunion wendet.

Aus all dem ergibt sich, daß die Volksrepublik China bei der derzeitigen Konzeption seiner Außenpolitik kein echtes Interesse an der Bundesrepublik haben **kann**. In diesem Zusammenhang gewinnt der „Berner Flirt“ zwischen Peking und Bonn von 1964 an Interesse, weshalb an dieser Stelle kurz auf diese Gespräche eingegangen werden soll.

Die deutsch-chinesischen Verhandlungen des Jahres 1964

Zur Beurteilung der Ausgangslage im Sommer 1964 ist es notwendig, die grundlegenden Gegebenheiten aufzuzeigen:

¹⁵⁴ „... eine Lösung der Deutschlandfrage ist nur möglich, wenn beide deutsche Staaten . . . miteinander verhandeln“. Jen-min Jih-pao, 13. 1. 1959.

¹⁵⁵ Chen Yi verurteilte z. B. am 2. 9. 1961 mit scharfen Worten die Entsendung zusätzlicher Truppen nach Westberlin. Jen-min Jih-pao, 3. 9. 1961.

¹⁵⁶ Der Besuch Kennedys in Westberlin ist eine Provokation. Jen-min Jih-pao, 28. 6. 1963.

¹⁵⁷ Wahl in Westberlin war Provokation gegen das deutsche Volk. Hsinhua (DB), 6. 3. 1969.

¹⁵⁸ DDR protestiert gegen den Besuch Heinemanns in Westberlin. Hsinhua (DB), 5. 12. 1970.

1. Die Kontakte mit Peking gingen auf Initiative der BRD zurück. In den Monaten zuvor hatte Bonn mit Bulgarien, Rumänien, Polen und Ungarn Handelsabkommen abgeschlossen, bei denen Westberlin mit einbezogen war und gleichzeitig der Errichtung von Handelsmissionen zugestimmt¹⁵⁹. Die DDR hatte das Verhalten der Ostblockstaaten kritisiert¹⁶⁰.
2. Die sino-sowjetischen Beziehungen hatten 1964 einen absoluten Tiefpunkt erreicht, Peking schien an einer Aussöhnung mit Chruschtschow nicht mehr interessiert¹⁶¹.
3. Entsprechendes gilt auch für die Beziehungen Peking-Pankow. Offensichtlich hatte Peking versucht, die DDR zu erpressen und an seine Seite zu ziehen¹⁶².

Während der Gespräche in Bern entwickelten sich die Beziehungen im aufgezeigten Bezugsrahmen wie folgt:

Zwischen dem ersten Gespräch am 5. Mai und dem zweiten am 21. Juli: seit 29. Mai hielt sich Ulbricht in der Sowjetunion auf und unterzeichnete am 12. Juni in Moskau einen Vertrag über „Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit“, der von Peking heftig attackiert wurde¹⁶³. Mitte Juni erklärte Erhard bei einer Pressekonferenz in Washington, daß die Bundesrepublik mit Rücksicht auf die USA die Beziehungen zu Peking nicht vertiefen werde¹⁶⁴. China antwortete mit einem ausgesprochen feindseligen Artikel — dem ersten seit längerer Zeit —, bezog eindeutig für die DDR Stellung und verurteilte nachdrücklich die Bundespräsidentenwahl vom 1. Juli in Berlin¹⁶⁵. Zwei Tage später besuchte eine chinesische Delegation die DDR und unterzeichnete ein Abkommen über wissenschaftliche Zusammenarbeit¹⁶⁶. Im Juli besuchte der Schwiegersohn Chruschtschows, Adshubej, die Bundesrepublik und äußerte Chruschtschow die Absicht, die BRD zu besuchen¹⁶⁷. Nach dem zweiten Gespräch (21. 7.) wurde das überfällige Handelsabkommen DDR—VR China für 1964 unterzeichnet¹⁶⁸. Am 8. September veröffentlichte dann Peking einen äußerst feindseligen Artikel, der die Politik der BRD und der Sowjetunion gegenüber der DDR angriff, Bonn der Annexion, Moskau aber des „Verkaufs

¹⁵⁹ Westberlin wurde mit der Klausel „Währungsgebiet DM-West“ umschrieben. Vgl. Brown, J. F.: *Eastern Europe. Survey*, Jan. 1965/54, S. 82.

¹⁶⁰ Horst Sindermann, *Neues Deutschland* (B), 13. 2. 1964.

¹⁶¹ Zu den sino-sowjetischen Beziehungen in dieser Zeit vgl.: Gittings, John: *Tactics of the dispute until Khrushchew's resignation, 1963—64*. In: *The Sino-Soviet Dispute*, London, 1969, S. 212—227.

¹⁶² Vgl. Anm. 108.

¹⁶³ Peking behauptete, daß dieser Vertrag die Stellung der DDR „kein Jota“ geändert habe. *Hsinhua* (DB), 14. 6. 1964; s. dazu auch die Reaktion der DDR: *Chinesische Leser desinformiert*. ND (B), 18. 6. 1964.

¹⁶⁴ „... die Bundesregierung hat zur Zeit weder die Errichtung von Handelsmissionen, noch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China im Auge...“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15. 6. 1964. Vgl. Anm. 21.

¹⁶⁵ Jen-min Jih-pao, 5. 7. 1964; dieser Artikel bezog sich ausdrücklich auf die Besprechungen Erhard—Johnson; die Wahl in Berlin wurde als „provokatorische Aktion des Revanchismus“ bezeichnet, die BRD als Friedensstörer verurteilt.

¹⁶⁶ Vgl. Anm. 109.

¹⁶⁷ Dazu veröffentlichte die chinesische Presse Interviews mit DDR-Sprechern, die alle Pläne, die DDR „Kaufen“ oder zu „Verkaufen“ empört angriffen. Vgl. dazu Jen-min Jih-pao, 12., 22., 23. 9. 1964; nach Ray, H., a.a.O. S. 13.

¹⁶⁸ Vgl. Anm. 108.

der DDR“ beschuldigte¹⁶⁹. Zum 15. Jahrestag der Gründung der DDR kam eine sowjetische Delegation unter Breschnew in die DDR. Bei den Gesprächen wurde über die Chinafrage „volle Einigkeit“ erzielt¹⁷⁰.

Nach dem dritten Gespräch (am 3. 10.) erfolgte der Sturz Chruschtschows, begleitet von der Explosion der ersten chinesischen Atombombe. Am 13. November kam es zu einem Treffen zwischen China und der Sowjetunion, wobei den Chinesen bestätigt wurde, daß von den Nachfolgern Chruschtschows keine neue Chinapolitik zu erwarten war¹⁷¹.

Das letzte Gespräch am 23. November brachte den Abbruch der Kontakte. Aus dem Ablauf der Ereignisse wird deutlich, daß

- die Gesprächsaufnahme Bonn–Peking zu einem Zeitpunkt erfolgte, da das Verhältnis Pekings zur DDR und Sowjetunion auf seinem tiefsten Punkt angelangt war und daß
- der Verschlechterung bei den deutsch-chinesischen Gesprächen eine Verbesserung der Beziehungen Peking–Pankow konform ging.

Im Lichte dieser Fakten ergibt sich als Motivation für die Bereitschaft Pekings zu Verhandlungen mit Bonn: Chinas Verhältnis zu Chruschtschow war irreparabel geworden, der Versuch, die DDR gegen die Sowjetunion auszuspielen, war gescheitert. Mit der (1964) neuerlich propagierten Theorie von den „Zwischenzonen“ hatte sich China die ideologische Grundlage für eine Annahme des deutschen Verhandlungsangebotes geschaffen.

Der Grund für den Abbruch der Gespräche scheint sich schon sehr bald ergeben zu haben: mögliche Hoffnungen Chinas, Beziehungen zu Bonn gegen Sowjetunion und DDR auszuspielen, wurden durch die deutsche Zurückhaltung gegenüber den chinesischen Wünschen sowie die Verpflichtungen der BRD gegenüber den USA und die Verbindung zur Sowjetunion zunichte gemacht. Zusammen mit dem Abschluß des Vertrages zwischen Ulbricht und Chruschtschow mag dies für Peking Grund gewesen sein, seine Strategie zu ändern und zu versuchen, sich mit der DDR wieder zu verständigen, eventuell in der Hoffnung, langfristig mit der DDR besser zu fahren als mit der BRD. Das erklärte den krassen Kurswechsel gegenüber der DDR Anfang Juli, die engagierten Attacken gegen Bonn (zum Erhard-Besuch) und Moskau (Vertrag mit der DDR). Daß Peking die Gespräche mit Bonn fortsetzte, kann dazu gedient haben, auszuloten inwieweit Bonn zu Zugeständnissen an China bereit wäre. Erst nach dem negativen Verlauf dieses Tests kam es zum endgültigen Abbruch der Gespräche.

Trotz der Ungewißheiten über diesen Abschnitt der deutsch-chinesischen Beziehungen (eine Stellungnahme Chinas dazu steht noch aus) scheint aus dem Ablauf der Ereignisse jedoch sicher: daß der Sturz Chruschtschows – eine eventuelle sino-sowjetische Verständigung – als alleiniger Grund für den Abbruch der Gespräche ausscheidet.

¹⁶⁹ Vgl. Jen-min Jih-pao, 8. 9. 1964; dieser Artikel wurde von der DDR-Presse nicht aufgegriffen. Vgl. Ray, H., a.a.O. S. 13.

¹⁷⁰ Vgl. Anm. 112.

¹⁷¹ China berichtete darüber erst ein Jahr später. Vgl. Antichinesische Erklärungen der neuen Führung der KPdSU und ihrer Gefolgsleute. Jen-min Jih-pao, 10. 11. 1965, zit. nach Griffith, a.a.O. S. 233.

II. Die Bundesrepublik Deutschland im sino-sowjetischen Konflikt

Wie bereits zu verschiedenen Malen angemerkt, spielt sowohl für China als auch für die Sowjetunion das Verhältnis des jeweils anderen Staates zur Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der sino-sowjetischen Auseinandersetzung eine besondere Rolle. Erkennbar wird dies nicht an praktischen Schritten der Politik beider Staaten, sondern — und das sehr nachdrücklich — durch die propagandistische Auswertung relevanter Ereignisse in der beiderseitigen Presse.

1. Die Argumentation der Volksrepublik China

Analog der Entwicklung der sino-ostdeutschen Beziehungen setzte die gegen die Deutschlandpolitik der Sowjetunion gerichtete Polemik Pekings erst nach 1963 ein. Bereits seit 1961 hatte Albanien aber den Ton und die Richtung dieser Angriffe aufgezeigt und Chruschtschow vorgeworfen, die „Verantwortung für eine Lösung des deutschen Problems“¹⁷² zu scheuen.

Unmittelbarer Anlaß für die erste chinesische Attacke waren die Modalitäten der Unterzeichnung des Atomteststoppabkommens durch die DDR gewesen. Peking warf der Sowjetunion vor, den „internationalen Status der DDR zu annullieren“ und die „Interessen des deutschen Volkes zu verkaufen“¹⁷³. Dieser Vorwurf zieht sich wie ein roter Faden durch die Polemik der VR China — ob es sich um den Freundschaftsvertrag zwischen der DDR und der Sowjetunion von 1964¹⁷⁴ oder um die Absicht Chruschtschows, die Bundesrepublik zu besuchen¹⁷⁵, handelt. Entsprechend der Eskalation im sino-sowjetischen Konflikt vor dem Sturz Chruschtschows wurde auch die Polemik gegen die Deutschlandpolitik verstärkt: „Bonner Propagandisten befürworten offen ein ‚Geschäft‘ mit der Sowjetunion, der man die DDR für einen bestimmten Preis abkaufen soll.“¹⁷⁶ Gleichzeitig wurde der DDR versichert, daß „... ein Angriff auf die DDR als Angriff auf das gesamte sozialistische Lager betrachtet ... wird“¹⁷⁷.

Der erste große Angriff Chinas auf die sowjetische Deutschlandpolitik nach dem Sturz Chruschtschows erfolgte im Mai 1965 durch Peng Chen anlässlich seines Besuchs in Indonesien. Peng Chen bezweifelte, daß die neuen sowjetischen Führer auch eine neue Politik verträten, denn „... warum setzen sie dann Chruschtschows Politik fort, die auf einen Verkauf der DDR abzielt?“¹⁷⁸

Durch die Verschlechterung der Beziehungen Chinas zur Sowjetunion und Ost-

¹⁷² Enver Hodscha am 7. 11. 1961, zit. nach Spittman, I., a.a.O. S. 252 (Anm. 63).

¹⁷³ „... daß die Unterzeichnung des Abkommens durch die Deutsche Demokratische Republik nicht deren Anerkennung als Staat einschließt ... läuft auf die Annullierung des internationalen Status der DDR und ... auf die Anerkennung des Bonner Regimes ... hinaus.“ Vgl. Spittman, I., a.a.O. S. 252.

¹⁷⁴ Chinesische Leser desinformiert. ND (B), 18. 6. 1964.

¹⁷⁵ Ein neues Geschäft soll gemacht werden. Mit dem Hute in der Hand — nach Bonn. Peking Review, 1964, Nr. 38.

¹⁷⁶ Jen-min Jih-pao, 8. 9. 1964, vgl. auch vom 12., 22. und 23. 9. 1964; zit. nach Ray, H., a.a.O. S. 13 (Anm. 63).

¹⁷⁷ Jen-min Jih-pao, 8. 10. 1964, zit. nach Ray, H., a.a.O. S. 13.

¹⁷⁸ Peng Chen: Rede in der indonesischen Aliarcham-Akademie für Sozialwissenschaften (am 25. 5. 1965). Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 1965, S. 35.

europa während der Kulturrevolution und die Verlagerung der Polemik auf andere Bereiche trat die Deutschlandpolitik in den Jahren 1966/67 publizistisch in den Hintergrund und wurde erst zu Beginn des Jahres 1968 mit aller Intensität wieder aufgenommen. Die Anklagen Pekings wiederholten dabei nicht nur den Vorwurf des „Ausverkaufs der deutschen Interessen“¹⁷⁹, sondern betonten zugleich in immer stärkerem Maße die zunehmende Verbesserung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen, nachdem sich die „revisionistische sowjetische Führungsclique ihrer Anti-Bonn-Maske entledigt hatte“¹⁸⁰.

Im Juli 1968 erkannten die Chinesen erstmals das ihrer Meinung nach wahre Ziel der sowjetischen Politik, wonach die

„sowjetischen Revisionisten . . . in den Entspannungsschor eingestimmt haben, um die Situation in Europa zu stabilisieren, damit sie sich den immer stärker werdenden revolutionären Bewegungen in den verschiedensten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zuwenden können. In besonderem Maße wünschen sie freie Hand in ihrer Opposition gegen China“¹⁸¹.

Seither verfolgt China mit Akribie die sowjetische Deutschlandpolitik und vergißt nie, jeweils auf dieses „eigentliche Ziel“ der „sowjetischen Revisionisten“ hinzuweisen — gleichgültig, ob es sich um die Europareise Nixons¹⁸² oder die Bundespräsidentenwahlen in Berlin¹⁸³ handelt. Im Frühjahr 1969 sah Peking dann eine sowjetisch-amerikanische Annäherung, ohne jedoch daraus eine Verbindung mit dem sino-sowjetischen Grenzkonflikt abzuleiten¹⁸⁴. Gleiches gilt für das Gespräch zwischen Kiesinger und Zarakin am 11. März 1969 über das Peking erst am 17. Mai berichtete¹⁸⁵.

Die gleichen Vorwürfe — Zusammenarbeit mit dem „westdeutschen Militarismus“, „Ausverkauf der Interessen des deutschen Volkes“ — blieben auch das Ziel der sich verstärkenden chinesischen Propaganda bei Beginn der deutsch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau¹⁸⁶. Die chinesische Haltung gegenüber der sowjetischen Europapolitik wurde vor allem von Albanien propagiert (siehe dazu den nächsten Abschnitt), während sich Peking vergleichsweise vorsichtig und nur selten

¹⁷⁹ „Sowjetische Revisionisten verkaufen erneut Interessen des deutschen Volkes“ (zum Gespräch Brandt—Abrassimov), Hsinhua (DB), 11. 7. 1968.

¹⁸⁰ „Sowjetische Revisionisten scheuen keine Mühe, Ausverkauf der Interessen der DDR noch offener zu betreiben und die Verbindungen mit den westdeutschen Militaristen zu verstärken.“ Jen-min Jih-pao, 27. 7. 1968.

¹⁸¹ Sowjetische Revisionisten intensivieren Geheimabsprache mit Bonner Militarismus. Hsinhua (DB), 10. 3. 1968.

¹⁸² Schöne Augen machen. Jen-min Jih-pao, 28. 7. 1968.

¹⁸³ „Die Sowjetrevisionisten verhalten sich der westdeutschen Herrscherclique gegenüber untätig, um sich bei dem USA-Imperialismus in Gunst zu setzen.“ Hsinhua (DB), 6. 3. 1969.

¹⁸⁴ Vgl. Wahlen in Westberlin waren Provokationen gegen das deutsche Volk. Radio Peking, 9. 3. 1969; „Um dem amerikanischen Imperialismus zu gefallen . . .“ Radio Peking (franz.), 18. 3. 1969.

¹⁸⁵ Revisionistische sowjetische Renegatenclique verstärkt geheime Zusammenarbeit mit westdeutschen Militaristen. Hsinhua (DB), 18. 5. 1969 (nach Jen-min Jih-pao vom 17. 5.).

¹⁸⁶ Vgl. Sowjetrevisionisten verstärken ihre Zusammenarbeit mit dem westdeutschen Militarismus. Hsinhua (DB), 1. 8. 1969; Sowjetrevisionismus fraternisiert mit dem westdeutschen Militarismus. Hsinhua (DB), 20. 8. 1969.

äußerte¹⁸⁷. Diese Auseinandersetzung gipfelte in den ersten Monaten 1970 in der Behauptung Pekings, die Sowjetunion würde der BRD zu Atomwaffen verhelfen¹⁸⁸. Angesichts dieser genauen Verfolgung der Ereignisse in Europa ist es bemerkenswert, daß Peking zu den Gesprächen zwischen der BRD und der DDR absolutes Stillschweigen bewahrte¹⁸⁹.

Zur Unterzeichnung des Gewaltverzichtsvertrages zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion äußerte sich China — nach vorausgegangenen albanischen Attacken — erst nach vier Wochen.

Die Hauptpunkte dieses Leitartikels mit den Überschriften

1. Der Vertrag verrät die Eigenstaatlichkeit der DDR und die Interessen des Sowjetvolkes
2. Der Vertrag ist eine Ermutigung und Begünstigung des westdeutschen Militarismus
3. Der Vertrag zeigt die Verschlagenheit und die Niederträchtigkeit der Brandt-Regierung, nicht aber ihre Vernunft und ihren Realismus
4. Der Vertrag gereicht dem Frieden und der Sicherheit in Europa nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil¹⁹⁰.

bringen jedoch keine neuen Argumente, sondern halten sich im Rahmen des bereits bekannten.

Seither stellte die chinesische Presse ihre Propaganda über die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau nahezu völlig ein — überließ es Albanien, um so heftiger ihren Standpunkt zu propagieren.

2. Die Position Albaniens

Wie bereits mehrfach erwähnt, spielt Albanien als Mitstreiter Pekings im sino-sowjetischen Konflikt eine bedeutsame Rolle. Der albanischen Presse kommt es zu, als „Sprachrohr“ Chinas zu fungieren, d. h. die Entwicklung im Weltgeschehen nach chinesischen Weisungen zu kommentieren. Peking behält es sich von Fall zu Fall vor, mit eigenen Stellungnahmen nachzuziehen, die albanischen Artikel zu übernehmen oder auch zu schweigen. Dies trifft in besonderem Maße auch für das chinesisch-albanische Taktieren im Falle der Deutschlandpolitik zu. Ohne die Vielfalt der albanischen Propaganda hier aufzeigen zu können, sollen einige Beispiele angeführt werden. So ist die bereits erwähnte erste massive Kritik der sowjetischen Deutschlandpolitik durch Enver Hodscha im November 1961 zu erwähnen, dem eine chinesische Stellungnahme erst zwei Jahre später folgte¹⁹¹. Ähnliches gilt für die

¹⁸⁷ Die geplante europäische Sicherheitskonferenz wurde von Li Hsien-nien bei einem Besuch in Albanien als „verschwörerischer Plan der sowjetischen Revisionisten“, der das Ziel habe „Osteuropa unter Kontrolle zu bringen“ bezeichnet. Vgl. Peking gegen Sicherheitskonferenz. FAZ, 3. 12. 1969, sowie Hsinhua (DB), 23. 12. 1969.

¹⁸⁸ Gaszentrifugenabkommen ist ein schwerwiegender Schritt für Westdeutschlands Atombewaffnung. Hsinhua (DB), 6. 3. 1969.

¹⁸⁹ Vgl. auch: Peking schweigt. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. 5. 1969.

¹⁹⁰ Anmerkungen zum sowjetisch-westdeutschen Vertrag. Jen-min Jih-pao, 13. 9. 1970. Vgl. auch Hsinhua (DB), 12. 9. 1970, deutsch in Peking Rundschau 1970/38, 22. 9. 1970.

¹⁹¹ Vgl. Anm. 172 und 173.

albanische Kritik an Kossygin's Erklärung, daß „... der Status quo in der Deutschlandfrage befriedigend ist“ und die damit verbundene albanische Forderung nach einem Friedensvertrag für die DDR¹⁹² sowie die albanische Stellungnahme zur Karlsbader Konferenz 1967¹⁹³.

Von besonderem Interesse für die jüngste Entwicklung sind die – wie alle anderen – zweifellos von China veranlaßten engagierten Polemiken Albanien's zur Deutschlandpolitik seit dem Herbst 1970. Wo China schwieg, bezog Albanien schonungslos Stellung, so nach der Unterzeichnung des Gewaltverzichtsvertrages in Moskau¹⁹⁴, zum Handelsabkommen BRD–Ungarn¹⁹⁵, zu den deutsch-polnischen Verhandlungen¹⁹⁶ sowie zur Unterzeichnung des Vertrages in Warschau¹⁹⁷. Auch der Vatikan und Papst Paul VI. wurden in die albanische Propaganda miteinbezogen¹⁹⁸ und der „Komplizenschaft“ mit der Bundesrepublik und der Sowjetunion bezichtigt¹⁹⁹.

Äußerst heftig polemisierte Albanien auch gegen eine europäische Sicherheitskonferenz. Nach albanischer Lesart wurzelt das „Komplott mit der ‚europäischen Sicherheit‘ in der Hegemonie der beiden Supermächte“, die damit „ihre Vorherrschaft in den entsprechenden Bereichen dieses Kontinents konsolidieren . . . wollen, . . . um die Hände freizuhaben und ihre Kräfte gegen die Volksrepublik China, gegen die Revolution und den Sozialismus richten sowie die Befreiungsbewegungen ersticken zu können . . .“²⁰⁰.

Gleichsam aus der Mottenkiste der sino-sowjetischen Auseinandersetzung stammt das jüngste Argument aus Albanien: „Die Chruschtschowsche friedliche Koexistenz – eine Waffe der imperialistischen Politik der Sowjetrevisionisten“²⁰¹.

3. Die Argumentation der Sowjetunion

Ebenso wie die Volksrepublik China hat auch die Sowjetunion in den letzten Jahren in zunehmendem Maße die Deutschlandfrage in ihre antichinesische Polemik miteinbezogen. Sie gab damit ihre Zurückhaltung auf, die sie noch bis Mitte der sechziger Jahre in bezug auf dieses Thema geübt hatte. Die erste Phase diesbezüglicher Vor-

¹⁹² Zwischen Peking und Moskau. SBZ-Archiv 1966/14, S. 210.

¹⁹³ Erklärung von Karlovy Vary ist eine getreue Kopie der päpstlichen Enzyklika. Zeri i Popullit, 13. 4. 1967, nach der albanischen Nachrichtenagentur ATA (franz.), 5. 5. 1967.

¹⁹⁴ Der sowjetisch-deutsche Vertrag ist eine gefährliche Verschwörung gegen die Völker Europas und der ganzen Welt. Zeri i Popullit, 22. 8. 1970, nach: ATA, 22. 8. 1970.

¹⁹⁵ Mit dem Abschluß eines fünfjährigen Handelsabkommens wollten die ungarischen Revisionisten in ihrer Eilfertigkeit gegenüber Bonn den Sowjetrevisionisten nicht nachstehen. ATA (franz.), 29. 10. 1970.

¹⁹⁶ Die Gomulka-Clique hat Polen in eine Kolonie des sowjetischen Sozialimperialismus verwandelt. Zeri i Popullit, 4. 12. 1970, nach: ATA (franz.).

¹⁹⁷ Vgl. Polnisch-westdeutscher Vertrag – Komplott gegen die Völker Polens und der DDR. Radio Tirana (dtsh.), 7. 12. 1970. Der Vertrag Bonn–Warschau – eine gefährliche Falle für Polen und die Sicherheit der Völker Europas. Zeri i Popullit, 11. 12. 1970, nach: ATA (engl.).

¹⁹⁸ „Papst Paul VI. segnet die politischen Kreuzzüge der Monopolbourgeoisie der Deutschen Bundesrepublik im Osten . . .“ Radio Tirana (dtsh.), 21. 7. 1970.

¹⁹⁹ Sowjetrevisionistische Renegaten nehmen immer engere Kontakte mit dem Vatikan auf. ATA (engl.), 3. 3. 1971.

²⁰⁰ „Solange westdeutsche Revanchisten als stärkste europäische Macht behandelt werden, gibt es keine Sicherheit.“ Zeri i Popullit, nach: ATA (franz.), 26. 2. 1971.

²⁰¹ Zeri i Popullit, nach: ATA (engl.), 3. 3. 1971.

würde an Peking war von einer indirekten Ausdrucksweise gekennzeichnet. Moskau beklagte beispielsweise, daß „... gerade jetzt, da die chinesische Propaganda am lautesten von Revolution und Kampf gegen den Imperialismus lärmt, die herrschenden Kreise dieser Mächte eine besondere Bereitschaft an den Tag legen, engere Beziehungen zu Peking anzuknüpfen“²⁰². Bis gegen Ende 1967 hielten sich die sowjetischen Stellungnahmen in diesem Rahmen, stellten ein Bündnis Chinas mit dem „Westen“ in den Vordergrund, während die Beantwortung der eindeutigen chinesischen Beschuldigungen der SED überlassen wurde.

Das Ende dieser Art der Argumentation und zugleich Beginn einer sehr viel konkreteren Ausdrucksweise war eine unter dem Pseudonym „Ernst Henri“ entworfene „Dominotheorie à la russe“, in dem die „maoistische Globalstrategie“ unter besonderer Berücksichtigung der chinesischen Beziehungen zum Westen wiedergegeben wurde²⁰³. Eine ähnlich aufschlußreiche Aussage über die sowjetischen Ansichten zur chinesischen Politik ist seitdem nicht wieder erschienen. Die seither von der sowjetischen Presse publizierten Artikel über das deutsch-chinesische Verhältnis befaßten sich vor allem

- mit dem beiderseitigen Interesse an einer „Revision der rechtmäßigen Grenzen in Europa und Asien“²⁰⁴, den
- steigenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten²⁰⁵ und den
- pro(west)deutschen Tendenzen in China, den prochinesischen in der Bundesrepublik²⁰⁶.

Allgemein bringt die Sowjetunion Bonn mit allen Streitpunkten in Verbindung, über die sich die sino-sowjetische Diskussion entzündet²⁰⁷ und verfolgt mit Akribie alle jene Äußerungen deutscher Politiker und Zeitungen, die das Bündnis Bonn–Peking angeblich beweisen²⁰⁸. Diesem Zweck dient auch die Auswertung aller deutsch-chinesischen Kontakte, wobei Moskau von einem „Export deutscher Wissenschaftler

²⁰² Anhang zur „Antwort des ZK der KP Chinas auf das Schreiben des ZK der KPdSU vom 15. Juni 1964“, Verlag für fremdsprachliche Literatur, Peking 1964, S. 76.

²⁰³ „Ernst Henri“: Der Blick vom Pamir. Literaturnaja Gazeta, 1967/39, 27. 9. 1967, S. 14–15, sowie: ders.: Gedanken über die Zukunft. Literaturnaja Gazeta, 1968/1, 1. 1. 1968, S. 10.

²⁰⁴ „Die gegenseitige Sympathie zwischen Peking und Bonn beruht auf einem fundierten Boden. Bonn bekämpft argwöhnisch den Gedanken der Verankerung der europäischen Sicherheit, da dies seine arroganten Ansprüche beschränken würde. Peking bekämpft diesen Gedanken ebenfalls, indem es unterstellt, daß die Beendigung der Spannung nur dem amerikanischen Imperialismus dienen kann.“ Ter-Grigorian: Sie haben einander gefunden. Izvestija, 29. 3. 1968, S. 3.

²⁰⁵ „In den vergangenen zehn Jahren haben sich die westdeutschen Exporte nach China fast um das Zehnfache erhöht.“ Pekings wohlwollende Neutralität. Prawda, 1. 2. 1968, S. 5.

²⁰⁶ „Bonn weigert sich, die Existenz zweier deutscher Staaten anzuerkennen. Peking spricht über ‚die zwei Teile von Deutschland‘... und nennt die DDR ‚Ostdeutschland‘.“ Ter-Grigorian, a.a.O.

²⁰⁷ So leitet Moskau aus der ablehnenden Haltung Maos zu den Pariser Vietnam-Gesprächen und zum Atomwaffensperrvertrag ein Bündnis zwischen „Peking, den amerikanischen Ultras und den Bonner Revanchisten“ ab. Uschakow, G.: Drei in einem Boot. Literaturnaja Gazeta, 1968/26, 26. 6. 1968, S. 9.

²⁰⁸ Die „Neue Zeit“ zitiert den Vorschlag des Bayernkuriers, „daß man nicht neutral bleiben sollte, wenn das Mao-Reich in Zukunft einen territorialen Konflikt mit sozialistischen Nachbarn riskiert“. Andronov: Chinas Außenpolitik ist in eine Sackgasse geraten. Neue Zeit, nach: TASS (engl.), 4. 7. 1968. Vgl. auch: Das kommunistische Ideal und seine Kritiker. Prawda, 16. 11. 1968, nach: TASS (dtsch), 16. 11. 1968.

und Atomfachleute“ nach Peking berichtet²⁰⁹. Als besondere Beleidigung für Mao Tse-tung scheint gedacht, daß er des öfteren mit Johnson, Kiesinger, Dayan und Chiang Kai-shek verglichen wird²¹⁰.

Im Frühjahr 1969 kommt ein neuer Ton in die sowjetischen Beschuldigungen: Peking und Bonn haben die „Provokation“ in Westberlin und am Ussuri gemeinsam geplant!²¹¹ Dieser Vorwurf wird in immer wiederkehrenden Artikeln bis zum Ende

Der Händedruck



Links: Provokation in Westberlin; rechts: Provokation am Ussuri-Fluß
Zeichner: Boris Yefimov; in: Iswestia, 11. 3. 1969, Seite 2

der Grenzzwischenfälle im August 1969 permanent wiederholt²¹². Moskau versucht auch, Bonn in den Augen der Chinesen herabzusetzen, indem es behauptet, daß die Chinesen für Westdeutschland eine „niedere Rasse“ seien und als „Kanonenfutter für eigene Ziele“ benutzt werden²¹³. Bei den deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen betont Moskau besonders die deutschen Waffenlieferungen an China, die angeblich siebzig Prozent des deutschen Exports ausmachen²¹⁴.

Mit dem Abklingen der Spannung an der sowjetisch-chinesischen Grenze ändert sich die Thematik in der sowjetischen Polemik gegen die deutsch-chinesischen Beziehungen. Die Handelsbeziehungen rücken wieder in den Vordergrund, Peking wird der Vorwurf gemacht, seine wirtschaftlichen Kontakte zu den sozialistischen Staaten abgebrochen und sich dem Westen zugewandt zu haben. Dieses „Verlassen auf die ‚eigene Kraft‘ ... stellt die antisozialistische Außenpolitik der gegenwärtigen

²⁰⁹ Vgl. Bulatov, B.: Wieviel kostet die Wüste Gobi? Literaturnaja Gazeta, 1968/51, 18. 12. 1968, S. 9.

²¹⁰ Sie halten vor nichts. Prawda, 15. 10. 1968, S. 5.

²¹¹ Vgl. u. a.: Die Welt verurteilt die Provokateure. Izvestija, 11. 3. 1969, S. 2; Ernst Henri: Achse Bonn–Peking. Literaturnaja Gazeta, 12. 3. 1969; Peking ließ seine Provokation in Fernost mit der Bonns in Europa zusammenfallen. Za Rubeshom, nach: TASS (dtsh.), 13. 3. 1969.

²¹² Vgl. u. a. Die Politik Mao Tse-tungs in der internationalen Arena. Kommunist 1969/5, S. 104–116; Mit wem flirtet Bonn? Iswestija, 30. 7. 1969: Hinter den östlichen Schaufenstern. Prawda, 18. 8. 1969, S. 4.

²¹³ „Ernst Henri“: Achse Bonn–Peking. Literaturnaja Gazeta, nach: dpa, 12. 3. 1969.

²¹⁴ Waffen für Mao. Krasnaja Zvezda, 22. 5. 1969.

tigen Führung der Volksrepublik unter Beweis“²¹⁵. Die chinesisch-albanische Opposition gegen den Gewaltverzichtsvertrag nimmt Moskau zum Anlaß einer Entgegnung, in der es auf die „gute Gesellschaft“ hinweist, in der sich Peking mit seiner Opposition befindet: Thadden und Strauß²¹⁶.

Die außenpolitischen Erfolge Pekings der letzten Zeit brachten einen neuen Ton in die sowjetische Propaganda: das Unbehagen Moskaus über die Kontakte Pekings zu Nato-Staaten²¹⁷. Entsprechend der chinesischen Haltung ist seit Ende 1970 ein Abklingen der sowjetischen Polemik feststellbar – eine Tendenz, die sich auch in der Polemik Chinas und Albaniens wiederfindet.

Die Haltung der Staaten des **Sowjetblocks** bei diesen Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Peking war durchwegs linientreu. Die Kommentare der einzelnen Staaten halten sich in dem von der Sowjetunion gesetzten Rahmen, verstärkten, ergänzten oder bestätigten einfach die sowjetischen Angriffe²¹⁸. Selbst Jugoslawien, gemeinhin nicht im Fahrwasser der sowjetischen Politik, prangerte eine deutsch-chinesische Zusammenarbeit an²¹⁹. Die einzige Ausnahme machte Rumänien, das – entsprechend seiner guten Beziehungen zu China – sich als einziger Ostblockstaat nicht im Fahrwasser der sowjetischen Propaganda bewegte.

4. Die Haltung der DDR

Konsequenterweise stand die SED in dieser, ihre unmittelbaren Belange tangierenden Auseinandersetzung ganz hinter der sowjetischen Argumentation. Der Schwerpunkt der ostdeutschen Äußerungen zu diesem Thema liegt in den Jahren 1963/64. Auf diesem Tiefpunkt der sino-ostdeutschen Beziehungen hatte es die SED übernommen, auf die Angriffe Chinas gegen die sowjetische Deutschlandpolitik zu antworten und wertete entsprechende Anschuldigungen als „niederträchtigen Versuch, Zwietracht zwischen die Sowjetunion und die DDR zu säen“²²⁰.

Eine der schärfsten ostdeutschen Polemiken in diesem Zusammenhang war die

²¹⁵ Die Messe in Kanton und Maos Politik. Prawda und Iswestija, 17. 4. 1970; Sladkovskij, M.: „Besonderer Weg“ in einer Sackgasse. Iswestija, 28. 4. 1970, S. 4–5.

²¹⁶ Vgl. u. a.: China will die sowjetische Außenpolitik um jeden Preis in Verruf bringen. Neue Zeit, 1970, Nr. 38, 16. 8. 1970; Prawda: Chor der westdeutschen Vertragsopponenten durch Peking verstärkt. Nach: dpa vom 20. 9. 1970; Machailow, V.: Die Sicherheit der Völker und ihre Feinde. Prawda, 20. 9. 1970, S. 4.

²¹⁷ „Ist es ein Zufall, daß die neue Anerkennungswelle an der Atlantikküste brandet, daß gerade die NATO-Länder sich beeilen, mit Peking diplomatische Beziehungen herzustellen?“ Neue Zeit, nach: FAZ, 23. 11. 1970.

²¹⁸ Krulich, Zdenek: „Mit ihrer gegenwärtigen Repressionskampagne will die chinesische Führung den Marxismus-Leninismus vollständig durch den Maoismus ablösen.“ Rude Pravo nach CETEKA (CSSR), 27. 5. 1970; „Unterstützung durch die BRD spielt wesentliche Rolle bei den nuklearen Ambitionen Pekings.“ Zolnier Wolnosci nach PAP (Polen), 30. 5. 1970; Konstantinoff, G.: „Chinesische Führung rechnet mit der Unterstützung ihrer expansionistischen Beziehungen gegenüber der Sowjetunion... durch die westdeutschen Revanchisten.“ Rabotnitschesko Delo nach BTA (Bulgarien), 7. 7. 1970; „Die chinesischen Führer sind antisowjetisch und befürworten eine Politik des Krieges.“ Nepzabadsag (Ungarn), 11. 7. 1970.

²¹⁹ Vgl. u. a. Der Gedanke westdeutscher Politiker, sich stärker Peking zuzuwenden, um gemeinsamen Druck auf die Sowjetunion auszuüben, ist nicht neu. Tanjug (Jugoslawien), 29. 5. 1968.

²²⁰ Peter Florin auf dem 5. Plenum des ZK der SED. SBZ-Archiv 1964/6, S. 83.

Rede Hermann Materns zum 94. Geburtstag Lenins. Er behauptet darin, daß „das ‚Rezept‘ der chinesischen Führer in seiner Inkonsequenz auf die völlige Preisgabe der DDR als westlicher Vorposten des sozialistischen Weltsystems in Europa und auf eine Neuauflage der Konzeption der Deutschlandpolitik der Berija-Clique . . . hinauslaufe“²²¹. Die SED griff auch chinesische Darstellungen an, die zwar die DDR unterstützten, aber nicht im Sinne der sowjetischen Konzeption waren. Als Peking den USA die Schuld an der deutschen Politik zuschrieb, kritisierte das „Neue Deutschland“, daß „. . . es darüber hinaus nicht marxistisch und gefährlich ist, die Bonner Politik in erster Linie durch äußere Triebkräfte erklären zu wollen. Eine solche Deutung desorientiert“²²².

Im Gegensatz zu diesen direkten Angriffen bezog die SED in den Jahren 1968/69 meist nur indirekt zu diesem Thema Stellung. Entsprechend den sowjetischen Kommentaren lag auch der Tenor der DDR-Organen auf den deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen²²³, der „Zusammenarbeit“ bei Grenzwischenfällen und den Berlinwahlen im Dezember 1969²²⁴. Gemeinhin wurde die chinesische Politik als Politik „zugunsten des Imperialismus“ bezeichnet²²⁵.

Bei allen Stellungnahmen der DDR dazu fällt auf, daß die SED in ihrer Kritik an der KP Chinas und an Mao Tse-tung relativ zurückhaltend ist. Statt (wie die Sowjetunion) von der „Mao-Clique“ spricht die SED meist von „chinesischen Kommentatoren“. Beispielhaft dafür ist die Antwort der DDR auf die Stellungnahme Chinas zum deutsch-sowjetischen Vertrag am 13. September 1970²²⁶. Wörtlich heißt es, daß „. . . in den Chor der Gegner des Vertrages auch die chinesische Zeitung ‚Ren-min Ri-bao‘ . . . mit einstimmt . . . Die Pekinger Kommentatoren richten damit ihre Angriffe eindeutig gegen die gemeinsam vereinbarte Politik . . . begeben sich . . . auf dieselbe Plattform wie die bösartigsten Vertreter der reaktionären Presse Westdeutschlands“²²⁷. Die SED weist die chinesischen Vorwürfe zurück und behauptet, daß „der Vertrag eine grundlegende marxistisch-leninistische These verwirklicht . . .“²²⁸. Offensichtlich besorgt stellt die SED die Frage, „ob die Kommentatoren von ‚Ren-min Ri-bao‘ dafür eintreten, daß die Grenzen im Nachkriegseuropa vertraglich nicht anerkannt werden?“²²⁹

²²¹ Tribüne und Berliner Zeitung, 23. 4. 1964; im Neuen Deutschland fehlt diese Passage aus Materns Rede; zit. nach Spittmann, I.: Die SED und Peking. SBZ-Archiv 1964/16, S. 254.

²²² Westdeutscher Imperialismus Hauptgefahr in Europa. Ein Leserbrief und reaktionelle Bemerkungen zu einem Kommentar der Pekinger Volkszeitung über die Wahl Lübkes in Westberlin. ND (B), 11. 7. 1964, S. 5; vgl. auch: Peking in gefährlicher Nähe Bonns. Iswestija zu einer Landkarte in der Soldatenzeitung. ND (B), 8. 9. 1964.

²²³ Vgl. u. a.: Geheime Atomgeschäfte. ND (B), 15. 1. 1969; Enges Zusammenspiel zwischen Bonn und Peking. ND (B), 9. 4. 1969, S. 7. Westdeutsche Monopole für Handelsvertrag mit China. ND (B), 16. 4. 1969, S. 7.

²²⁴ Vgl. u. a.: Mao-Clique begleicht ihre Schulden bei Bonn. ND (B), 13. 3. 1969, S. 7; Mit Bonn in einer Front. ND (B), 20. 3. 1969, S. 1 und 2; Abscheu über Kumpanei zwischen Peking und Bonn. ND (B), 21. 3. 1969, S. 1–2.

²²⁵ Prawda: Zugunsten des Imperialismus. ND (R), 21. 3. 1970, S. 6; Schützenhilfe Pekings für die Imperialisten. ND (B), 20. 3. 1969, S. 7; Peking dient Imperialisten. ND (B), 22. 3. 1969, S. 7.

²²⁶ Vgl. ND (R), 22. 9. 1970; die Sowjetunion hatte bereits am 16. 9. dazu Stellung genommen und druckte am 23. 9. Teile des ostdeutschen Kommentars in der Prawda ab.

²²⁷ Ebda.

²²⁸ Ebda.

²²⁹ Ebda.

Die Argumentation der SED gegen China ist nicht überzeugend, sie richtet sich mehr gegen die Vertragsgegner in der Bundesrepublik und in den USA und offensichtlich auch gegen alle Kritiker im eigenen Land. Es fällt dabei auf, daß die SED auf den Hauptvorwurf der Chinesen bezüglich der „sowjetischen Hegemonialpolitik in Ost-europa“ in Übereinstimmung mit den USA mit keinem Wort eingeht.

Zusammenfassung

Stellt man die sowjetische Polemik gegen die BRD (in Verbindung mit der VR China) der chinesischen (in Verbindung mit der Sowjetunion) gegenüber, so sind einige gemeinsame Züge erkennbar:

- Die Polemik beider Seiten wurde seit 1968 erheblich intensiviert.
- Der Adressat der gegenseitigen Angriffe ist jeweils China beziehungsweise die Sowjetunion. Die Angriffe gegen die BRD oder die USA sind untergeordneten Ranges.
- Die Politik der Bundesrepublik wird von China und der Sowjetunion genau verfolgt, ohne daß beide auch wahrheitsgetreu darüber berichten.

Die Vorwürfe im vorgenannten Themenkreis in den Jahren 1968–70 lassen sich in Hauptpunkten zusammenfassen. Danach beschuldigt die Sowjetunion China bei ihrem Bündnis mit der Bundesrepublik

- des Expansionismus in seiner Außenpolitik
- des Antisozialismus in seiner Handelspolitik
- des Antisowjetismus durch den Versuch der Unterminierung der sowjetischen Entspannungspolitik.

Ungleich schwerwiegender erscheinen die Vorwürfe der chinesischen Kommunisten an die Führer der KPdSU. Die Sowjets werden beschuldigt

- Verrat am Interesse des deutschen und der osteuropäischen Völker zum Zwecke der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa mit dem Ziel
- für „Anschläge“ gegen die revolutionären Bewegungen in aller Welt und gegen China „freie Hand“ zu haben. (Noch) unausgesprochen impliziert diese Formulierung die Beschuldigung,
- daß die Führer der KPdSU die Sache des Kommunismus verraten!

Sowohl die Sowjetunion als auch China mobilisieren in ihrem Konflikt mit dem anderen ihre Satellitenstaaten, wobei Albanien die Funktion eines „Sprachrohrs“, den Staaten des Sowjetblocks die eines „Verstärkers“ zukommt. Eine Sonderstellung nimmt dabei die DDR ein, die – obwohl im Mittelpunkt dieses Themenkreises – in ihrer antichinesischen Polemik jeden direkten Angriff auf Mao Tse-tung oder die KP Chinas vermeidet, während andererseits die SED-Führung zu keinem Zeitpunkt Gegenstand chinesischer oder albanischer Kritik war.

III. Schlußfolgerungen: China und Europa

Versucht man, aus der aufgezeigten Politik der Volksrepublik China gegenüber den beiden Teilen Deutschlands Aufschlüsse über die chinesische Konzeption gegen-

über Europa zu ziehen, so muß zuvor der Bezugsrahmen — die außenpolitische Zielsetzung Chinas — aufgezeigt werden. Vereinfacht zusammengefaßt sind die vorrangigen Ziele der Volksrepublik China in der Reihenfolge ihrer gegenwärtig erkennbaren Bedeutung:

1. Erhaltung der Unabhängigkeit Chinas nach allen Seiten.
2. Erhaltung der wirtschaftlichen Integrität, das heißt Vermeidung der wirtschaftlichen Isolierung Chinas.
3. Erhaltung der Handlungsfreiheit Chinas in rüstungspolitischer Hinsicht.
4. Sprengung des durch die USA und die UdSSR gegebenen Bilateralismus, das heißt Bestrebungen Chinas zur dritten Supermacht aufzusteigen, gleichzeitig
5. Ausschaltung beziehungsweise Minderung des ideologischen Einflusses der Sowjetunion, Stärkung des Einflusses der chinesischen Variante.

1. China und Osteuropa

Während die Punkte eins bis drei in diesem Zusammenhang wegen des Fehlens einer direkten Bedrohung der Volksrepublik China durch diese Staaten (1) und des vergleichsweise geringen Handels zwischen den kommunistisch regierten Staaten Osteuropas und der VR China (2) eine untergeordnete Rolle spielen, ergibt sich aus den Punkten vier und fünf für die Zielsetzung der chinesischen Politik gegenüber Osteuropa:

- a) Störung der sowjetischen Hegemonie unter Einsatz aller möglichen Mittel wie zum Beispiel
 - durch die Gründung einer polnischen Exil-KP in Albanien am 4. 12. 1965²³⁰,
 - durch publizistische Attacken auf das politische Verhalten der UdSSR in Osteuropa, sei es im Hinblick auf die sowjetische Intervention in der CSSR im August 1968²³¹, das wirtschaftspolitische Verhalten der UdSSR im Rahmen des COMECON²³², den Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages im August 1970²³³ oder die Unruhen in Polen im Dezember 1970²³⁴.
- b) Verhinderung einer antichinesischen Front in Osteuropa unter Führung der UdSSR, zum Beispiel
 - durch Versuche, Mißtrauen in den Reihen der sowjetischen Satellitenstaaten zu säen, eben durch die anti-sowjetische Polemik gegen den deutsch-

²³⁰ Vgl. dazu Dziewanowski, Kamil: Communist China And Eastern Europe. In: Survey Nr. 77, Herbst 1970, S. 59–74, hier S. 73.

²³¹ Aus einer Vielzahl von polemischen Schriften hierzu vgl.: Die revisionistische sowjetische Renegatenclique ist der gemeinsame Feind der sowjetischen und des tschechoslowakischen Volkes. Jen-min Jih-pao, 17. 12. 1968. Alle revolutionären Völker stehen auf seiten des tschechoslowakischen Volkes in seinem Kampf. Hsinhua (DB) 29. 1. 1969. Vgl. auch die albanischen Äußerungen hierzu: Der Stiefel der Okkupanten kann das freiheitsliebende tschechoslowakische Volk nicht besiegen. Zeri i Popullit nach ATA, 21. 8. 1970.

²³² Vgl. o. a.: Zur 22. „Comecon“-Tagung: Neokolonialismus in Osteuropa. China. Hsinhua — Nachrichten aus der Volksrepublik. Hamburg, Nr. 10 und 11/1969.

²³³ Ein Kommentar zum sowjetisch-westdeutschen Vertrag. Jen-min Jih-pao, 13. 9. 1970.

²³⁴ Revolutionärer Sturm des polnischen Revisionismus. Jen-min Jih-pao, 22. 12. 1970; den deutschen Text siehe: Peking Rundschau Nr. 22/1970, 29. 12. 1970, S. 17–18.

sowjetischen Vertrag, die Opposition gegen die Politik des COMECON, gegen die Entwicklung in der CSSR,

- durch Betonung der guten Beziehungen Chinas zu Osteuropa von „Volk zu Volk“²³⁵ im allgemeinen, zu Rumänien im besonderen²³⁶,
- durch Beschränkung der chinesischen Angriffe auf die politischen Führer der UdSSR unter Schonung der osteuropäischen Staaten,
- durch Betonung von gemeinsamen Interessen mit den Staaten des Sowjetblocks gegenüber der Sowjetunion, besonders demonstriert durch den Widerstand gegen die sogenannte Breshnew-Doktrin²³⁷ und die Bekräftigung der Haltung der DDR in der Deutschland- und Berlinfrage.

c) Stärkung und Ausweitung der Position Chinas in der Weltpolitik um damit besonders gegenüber Osteuropa an Ansehen zu gewinnen, zum Beispiel

- durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der VR China zu Italien, Kanada, Chile, Österreich, Libyen und anderen Staaten in den letzten Monaten.

Das Mittel, dessen sich China zur Erreichung dieser Ziele bedient ist eine pausenlose antisowjetische Propaganda, die Diskussion politischer und ideologischer Fragen, mit der Peking auf lange Sicht zur Endideologisierung der sowjetischen Außenpolitik beiträgt. Das gewisse Wohlverhalten Chinas gegenüber der politischen Führung der DDR und der anderer Ostblockstaaten trotz derer Parteinahme für die Sowjetunion in der sino-sowjetischen Auseinandersetzung ist praktisches Beispiel für diese Strategie.

Bezogen auf die besondere Situation der DDR verfolgt Peking mit der unbedingten Stärkung der ostdeutschen Haltung in der Deutschlandfrage das Ziel, Mißtrauen gegen die Sowjetunion zu säen und der DDR „moralisch“ den Rücken in ihrer Position gegenüber Moskau zu stärken.

Demgegenüber ist die Führung der DDR in der Chinafrage von der Verpflichtung der SED-Führung gegenüber Moskau bestimmt. Der zeitweilig erkennbare Unterschied in der Haltung der SED zu der der KPdSU gegenüber der VR China erklärt sich zum einen aus gewissen Sympathien innerhalb der Partei Ulbrichts für die Politik Mao Tse-tungs. Zum anderen läßt es die SED-Führung nicht unversucht, unter Ausnutzung eines Minimums an Handlungsfreiheit gegenüber der Sowjetunion für Peking interessant zu bleiben, um dadurch den Forderungen an die sowjetische Deutschlandpolitik mehr Gewicht zu verleihen. Eine Veränderung im Hinblick auf die ostdeutsche Gefolgstreue gegenüber der UdSSR läßt sich daraus unter den gegebenen Verhältnissen nicht ableiten.

²³⁵ Es handelt sich hierbei nicht um eine Besonderheit des chinesischen Verhaltens gegenüber Osteuropa, ebenso werden z. B. die freundschaftlichen Beziehungen des chinesischen zum sowjetischen oder amerikanischen Volkes stets betont.

²³⁶ Die Intensivierung der Beziehungen zwischen China und Rumänien, deren bisheriger Höhepunkt der Besuch Ceausescus im Juni 1971 war, lassen sich eine Reihe von Jahren zurückverfolgen. Sie gehen nicht nur auf die besondere chinesische Haltung gegenüber Rumänien, sondern vor allem auch auf die Stellung Rumäniens im Sowjetblock zurück, vgl. z. B. den Besuch Nixons.

²³⁷ China wandte sich stets vehement gegen diese Doktrin, vgl.: Meissner, Boris: Die „Breshnew-Doktrin“. Köln 1969, S. 170–190.

2. China und Westeuropa

Das Interesse Chinas an Westeuropa lag in den frühen sechziger Jahren vor allem in Punkt zwei der angeführten außenpolitischen Ziele der VR China begründet. Um eine wirtschaftliche Isolierung, wie sie die Sowjetunion im Jahre 1960 über China zu verhängen suchte, auch in Zukunft zu vermeiden, ist China auch heute noch entschlossen, die Verbindungen zu (seiner Terminologie nach) „kapitalistischen“ Staaten offen zu halten beziehungsweise auszubauen. Außer für Japan gilt dies in besonderem Maße für die Bundesrepublik und geht Hand in Hand mit der Neuauflage der Zwischenzonentheorie Mao Tse-tungs im Jahre 1964.

Mit der Verhärtung der Fronten im sino-sowjetischen Konflikt, der offensichtlichen Erkenntnis beider Kontrahenten, daß eine Wiederannäherung unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht im Bereich des Möglichen ist und entsprechend der Entwicklung, daß Peking heute weniger nach der Führung im Weltkommunismus als nach dem Status einer gleichberechtigten dritten Supermacht strebt²³⁸, gewann zunehmend Punkt fünf für die chinesische Außenpolitik gegenüber Westeuropa an Bedeutung. Dies findet seine Bestätigung in der außenpolitischen Entwicklung der Volksrepublik China seit dem IX. Parteitag der KP China im April 1969.

Entsprechend dieser chinesischen Ausgangslage muß eine europäische Bewegung, die sich sowohl gegen die amerikanische Vorherrschaft – als deren Instrument vielfach die NATO angesehen wird – als auch gegen eine entsprechende sowjetische Absicht – im Osten durch den Warschauer Pakt, für den Westen Europas mit Hilfe einer europäischen Sicherheitskonferenz – richtet, im Interesse Pekings liegen.

Ganz deutlich wird dieses Interesse Chinas bei der Betrachtung der positiven chinesischen Einstellung gegenüber den Fortschritten bei der europäischen Einigung²³⁹, der eine entsprechend negative Haltung gegenüber dem COMECON – der Wirtschaftsorganisation des Sowjetblocks – gegenübersteht²⁴⁰.

Das Interesse Pekings an einem starken, von den USA und der Sowjetunion unabhängigen Europa liegt also in der von Peking vermuteten Schwächung der beiden Supermächte durch ein „vereinigtes Europa“ begründet. Die Intensivierung der bilateralen Beziehung Chinas zu Europa (Großbritannien, Frankreich, Italien und Österreich) ist ebenfalls unter primär politischen Aspekten, als Gegenwirkung zum sowjetischen und amerikanischen Einfluß und weniger unter wirtschaftspolitischen Aspekten zu sehen.

Bezogen auf die besondere Situation der Bundesrepublik kann daraus mit einem chinesischen Entgegenkommen – zum Beispiel in der Berlinfrage – bei etwaigen deutsch-chinesischen Verhandlungen nicht gerechnet werden. Der politische „Wert“ der Bundesrepublik für Peking liegt in der Möglichkeit, die deutsche Frage sowohl gegen die USA als auch gegen die Sowjetunion auszuspielen. Nachgerade illusionär sind die von Zeit zu Zeit in der Bundesrepublik geäußerten Vorstellungen, nach

²³⁸ Zur Diskussion zwischen der UdSSR und der VR China darüber vgl. Anm. 1.

²³⁹ Vgl. die bisher einzige direkte (neben vielen indirekten) Stellungnahme Chinas dazu: Six members of West European "Common Market" to force economic, monetary union to resist US domination. Hsinhua (DB), 21. 2. 1971, S. 9; sowie: Debre reiterates opposition to NATO "integration", stresses France's sovereignty and national independence. Hsinhua (DB), 28. 2. 1971, S. 13.

²⁴⁰ Vgl. Anm. 232 sowie eine der letzten albanischen Äußerungen: Integration bedeutet Preisgabe der nationalen Interessen der RGW-Länder. Zeri i Popullit, 6. 5. 1971.

denen Bonn versuchen könnte, den sino-sowjetischen Konflikt etwa im Sinne eines deutsch-sowjetischen Interessenausgleichs auszunutzen²⁴¹.

Dies sollte jedoch nicht bedeuten, daß sich die Bundesregierung in Fragen der Chinapolitik eine absolute „Abstinenz“ auferlegt. Gerade im Zuge einer „Anerkennung der Realitäten“, wie sie die neue deutsche Ostpolitik verfolgt, darf die Chinafrage nicht ausgespart bleiben. Eine Rücksichtnahme, sei es auf die USA, die Sowjetunion oder gar Nationalchina, ist weder angebracht noch notwendig. Viel eher erscheint eine abgewogene Politik „auf zwei Beinen“ gegenüber dem Fernen Osten — einschließlich des Fernen Ostens — angebracht.

3. China und die Sowjetunion

Der Verfolg der chinesischen Politik gegenüber den beiden Teilen Deutschlands macht deutlich, daß der Konflikt zwischen China und der Sowjetunion wie auf alle anderen Bereiche der chinesischen Außenpolitik auch auf die Konzeption Chinas gegenüber Europa einen großen, wenn nicht entscheidenden Einfluß ausübt. Aus diesem Grunde erscheint es angebracht, sowohl die Position der VR China als auch die der UdSSR in ihrer Auseinandersetzung an dieser Stelle kurz aufzuzeigen:

Die Haltung der **Sowjetunion** gegenüber der VR China beruht auf einer langfristigen Konzeption, die bei einer stetigen Erweiterung des sowjetischen Einflußbereiches auf eine Minderung beziehungsweise Abwehr und Eindämmung des chinesischen Einflusses in allen Teilen der Welt abzielt. Diese Konzeption wird durch die außenpolitische Aktivität und die Erfolge Chinas seit der Reaktivierung ihrer Außenpolitik nach dem IX. Parteitag der KPCh im April 1969 in zunehmendem Maße bedroht.

Soweit zum gegenwärtigen Zeitpunkt erkennbar ist, gilt die Hauptanstrengung der sowjetischen Politik dem europäischen Raum, während gleichzeitig mit beschränktem Einsatz Vorbereitungen gegen China auf verschiedenen Ebenen getroffen werden. Zudem versucht die Sowjetunion den Konflikt mit China für ihre politischen Ziele zu nutzen, wie etwa durch Hochspielen der „gelben Gefahr“, mit der im eigenen Land die Verständigung mit den USA plausibel gemacht, im Sowjetblock eine Verstärkung der Integration gefordert und gegenüber dem Westen die tatsächlichen Ziele der sowjetischen Außenpolitik verschleiert werden. Jüngstes Beispiel dafür waren die Grenzzwischenfälle im Frühjahr und Sommer des Jahres 1969, die in diesem Sinne durch die Presse der Sowjetunion und des Sowjetblocks ausgewertet wurden. Seit der Beendigung dieser militanten Phase in den sino-sowjetischen Beziehungen, der eine Entspannung der zwischenstaatlichen Beziehungen nachfolgte, trat diese Strategie der sowjetischen Außenpolitik zugunsten einer subtileren antichinesischen Polemik in den Hintergrund.

Die Attacken der Sowjetunion und ihrer europäischen Satelliten auf die Außenpolitik der VR China lassen sowohl die sowjetische Befürchtung erkennen, daß China durch diese Erfolge nach den Exzessen der Kulturrevolution wieder weltpolitisch „salonfähig“ werden könne — und damit den Zielen der sowjetischen Außenpolitik äußerst hinderlich wäre — als auch den Versuch, die chinesische Politik wegen ihrer inkonsequenten Haltung gegenüber den „Imperialisten“ vor den

²⁴¹ Derartige Stimmen wurden vor allem während der sino-sowjetischen Grenzzwischenfälle laut.

Augen der eigenen Anhänger zu diskriminieren und somit eine weitere Verschiebung des Gleichgewichtes zugunsten Pekings zu verhindern. Die teilweise bei dieser Kritik geübte Zurückhaltung liegt nicht zuletzt darin begründet, daß die Sowjetunion sich dieser Methoden der Außenpolitik selbst seit längerer Zeit bedient.

Die Strategie der **Volksrepublik China** muß dagegen einer kurzfristigen Konzeption folgen. Peking scheint die Taktik Moskaus erkannt zu haben und führt damit einen Kampf gegen die Zeit: es muß versuchen, unter den kommunistischen Parteien genügend Anhänger zu gewinnen, um ein sowjetisches Vorgehen gegen China nach einer „Konsolidierung der Verhältnisse in Europa“ (wie China sich ausdrückt) unmöglich zu machen. Diese Absicht steht auch hinter der Rolle Chinas als Verteidiger der Interessen der „kleinen und mittleren“, vor allem aber aller (durch den US-Imperialismus oder sowjetischen Revisionismus) unterdrückter Staaten, um durch Appelle an unabhängige und nationale Tendenzen in den osteuropäischen Staaten das Verhältnis Moskaus zu seinen Satelliten zu stören. Die Vorwürfe Pekings an die Adresse Moskaus – ob direkt oder durch Albanien geäußert – treffen in ihrer schonungslosen Formulierung den Kern der sowjetischen Politik, wobei China die bittere Erfahrung machen muß, daß seine Argumentation zwar vielleicht im Osten, kaum im Westen, ernstgenommen, aber von keiner Seite unterstützt werden.

Eine „Wertung“ der beiderseitigen Positionen läßt sich beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung nicht vornehmen. Die Unwägbarkeiten zumal auf chinesischer Seite sind zu groß, um definitive Vorhersagen zu erlauben. Festzuhalten bleibt, daß die chinesische Politik gegenüber der Sowjetunion im Hinblick auf Osteuropa kaum direkte positive Ergebnisse zeitigen wird, die permanente und ideologisch oft sehr geschickte Propaganda Pekings auf lange Sicht aber durchaus einen Erfolg in der von Peking gewünschten Richtung zeitigen kann.

Arbeitet die Zeit für die Sowjetunion?

Nachtrag

Die vorliegende Ausarbeitung wurde im wesentlichen Mitte März abgeschlossen. Aus Gründen der Vollständigkeit scheint es angebracht, die Entwicklung von März bis Juni nachzutragen.

Ganz allgemein kann festgestellt werden, daß sich in der Entwicklung der letzten drei Monate keine neuen Akzente ergeben haben, allenfalls wurden die Fronten deutlicher, als sie zu Beginn des Jahres zu erkennen waren: bei einem weiterhin sehr pragmatischen außenpolitischen Verhalten verstärkte und intensiverte Peking seine Beziehungen zu West- und Osteuropa, etwa durch die Intensivierung der Beziehungen mit Schweden¹, Finnland² und Norwegen³ sowie durch den demonstrativen Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten Ceausescu⁴ und den des jugoslawischen Außenministers Tepavac⁵ Anfang Juni in Peking.

¹ Große schwedische Industrieausstellung in Peking 1972. Svenska Dagbladet, 16. 4. 1971.

² Finnland unterstützt im Rahmen der nordischen Staaten die rasche Aufnahme Rotchinas in die UN. Helsingin Sanomat, 28. 4. 1971.

³ Delegation der norwegisch-chinesischen Freundschaftsgesellschaft in Peking. Hsinhua (DB), 2. 6. 1971.

⁴ Ceausescu in Peking. Neue Zürcher Zeitung, 3. 6. 1971, S. 1.

⁵ Außenminister Tepavac über Kairo nach Peking. Süddeutsche Zeitung, 4. 6. 1971.

Vom Interesse Pekings an der **europäischen Integration** berichteten nicht nur zwei Chinareisende – der italienische Außenhandelsminister Mario Zagari⁶ und der deutsche Journalist und Wissenschaftler Klaus Mehnert⁷ –, Peking bezog auch selbst anlässlich der Pariser Gipfelkonferenz dazu Stellung⁸. Parallel dazu veröffentlichte die albanische Presse eine heftige Attacke gegen die sogenannte „sozialistische Integration“ innerhalb des COMECON, wobei sie gleichzeitig herausstellte, „... daß die Sowjetunion Naturgas zu einem niedrigen Preis nach Westdeutschland liefert, als sie von der DDR für Naturgas verlangt“⁹.

Die Ereignisse in der **Bundesrepublik Deutschland** werden von der chinesischen Presse auch weiterhin verfolgt – die Demonstrationen gegen höhere Fahrpreise¹⁰ ebenso wie die steigende bundesdeutsche Besorgnis über die Umweltverschmutzung¹¹. Deutscherseits zeigte man sich an einer Ausweitung der Handelsbeziehungen und am Abschluß eines Handelsvertrages interessiert¹², doch wurde auch klar ausgedrückt, daß an eine Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen mit Rücksicht auf die Sowjetunion vorerst nicht gedacht werden könne¹³.

Auch in den Beziehungen zwischen der **DDR** und China ergaben sich keine neuen Aspekte: die SED bewegt sich weiterhin linientreu im Fahrwasser der Sowjetunion. Erwähnenswert erscheint vor allem die ostdeutsche Entgegnung auf den (anti-sowjetischen) Gedenkartikel in der chinesischen Presse zum 100. Jahrestag der Gründung der Pariser Kommune. Unter dem Titel „Wie man in Peking das Andenken der Pariser Kommune schändet“¹⁴ beschäftigte sich die DDR in diesem Artikel vor allem mit der chinesischen Europapolitik und behauptet, daß die „... aus Peking kommende Hetze die aggressivsten Kreise wie zum Beispiel der USA, der BRD und Japans mit unverhohlener Freude ... erfülle“¹⁵. In die gleiche Richtung zielen die Ost-Berliner Attacken gegen die außenpolitische Aktivität Chinas, in besonderem die sogenannte „Ping-Pong-Diplomatie“¹⁶ gegenüber den USA. Die offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen wurden davon – wie auch in der Vergangenheit – nur wenig beeinflusst, wie der Abschluß eines Waren- und Zahlungsabkommens für 1971 zwischen China und der DDR demonstriert¹⁷.

⁶ Peking an Europa interessiert. Süddeutsche Zeitung, 21. 5. 1971.

⁷ Klaus Mehnert: Peking und Bonn. Deutsche Zeitung / Christ und Welt, 28. 5. 1971, S. 7.

⁸ Vgl.: Frankreichs Vorstellungen vom europäischen Zusammenschluß (Schützenhilfe aus China). Neue Zürcher Zeitung, 28. 5. 1971, S. 1.

⁹ Integration bedeutet Preisgabe der nationalen Interessen der RGW-Länder. Zeri i Popullit, 6. 5. 1971.

¹⁰ West German students demonstrate against higher bus fares. Hsinhua (DB), 8. 3. 1971, S. 10.

¹¹ „Nach Berichten aus Bonn wird die Umweltverschmutzung in Westdeutschland von Tag zu Tag ernster.“ Hsinhua, Peking, 12. 5. 1971.

¹² Scheel: Wirtschaftsbeziehungen zu China möglich. Süddeutsche Zeitung, 19. 4. 1971; Peking-Handel wird auch für Bonn interessant. Süddeutsche Zeitung, 29. 4. 1971; Strauß für Wirtschaftsbeziehungen mit Peking. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. 5. 1971.

¹³ Bonner Reaktionen auf Pekings Öffnungsgeste. Neue Zürcher Zeitung, 17. 4. 1971; Brandt und Tschou En-lai. Deutsche Zeitung / Christ und Welt, 4. 6. 1971, S. 2.

¹⁴ Neues Deutschland, 27. 3. 1971 (redaktioneller Artikel).

¹⁵ Ebda.

¹⁶ Von Ping-Pong alarmiert. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 4. 1971; Angriffe aus Ostberlin. Süddeutsche Zeitung, 21. 5. 1971.

¹⁷ Waren- und Zahlungsabkommen für 1971 zwischen den Regierungen der VR China und der DDR heute in Peking unterzeichnet. Hsinhua, Peking, 18. 5. 1971.

Ähnliches trifft für die Beziehungen zwischen China und der **Sowjetunion** zu: die Entwicklung der chinesischen Außenpolitik wird von Moskau mit Sorge und Verärgerung verfolgt¹⁸, wobei besonders der Besuch Ceausescus in Peking zu beunruhigen schien und zu dem Vorwurf führte, daß China „... das sozialistische Lager untergraben ...“ wolle¹⁹.

Den Schlußfolgerungen in Teil III bleibt demnach nichts hinzuzufügen.

¹⁸ Pekings diplomatisches Spiel. Neue Zeit (Bonn), 1971, Nr. 17, nach TASS vom 22. 4. 1971.

¹⁹ Roter Stern (Moskau), 31. 5. 1971, nach afp, franz., Moskau, 1. 6. 1971; Sowjetische Attacke auf Peking. Süddeutsche Zeitung, 5./6. 6. 1971.